VBE

11 /2013
Zeitschrift des
Verbandes Bildung und Erziehung
Rheinland-Pfalz
04.11.2013 / 64. Jahrgang

Rheinland-pfälzische Schule

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Individuell fördern:
Ist die IGS die bessere Alternative?

- **Novelle 1: Schulgesetz / Inklusion**
- **Novelle 2: Grundschulordnung / Zeugnisse**

– Inhalt –

Kommentar	3
Magazin	4
Aktuell	6
Thema	8
Gastkommentar	13
Recht & Beratung	18
AdJ/Studium/Seminar	19
Personalräte & Co	20
Seniorinnen & Senioren	22
Kreisverbände stellen sich vor	23
Aus den Kreisverbänden	24
Infos & Technik	27
Wir gratulieren	29
Kurz vor Schluss	30

Impressum

04. November 2013, 64. Jahrgang

Herausgeber
Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Landesverband Rheinland-Pfalz
Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz
Telefon: 06131-616422, Telefax: 616425
info@vbe-rp.de

Redaktion dieser Ausgabe:
Hjalmar Brandt (verantwortlich) ***br***
h.brandt@vbe-rp.de

Dr. Markus Bachen ***mb***
(Veranstaltungen / Regionales)
m.bachen@vbe-rp.de

Sabine Drechsler ***sdr***
(Studium / Seminar / AdJ)
s.drechsler@vbe-rp.de / adj@vbe-rp.de

Marlies Kulpe ***mkl***
(Bildungspolitik / Rubriken)
m.kulpe@vbe-rp.de

Klaus Schmidt ***kfs***
(Reportage / Berufspolitik / Zum Schluss)
k.schmidt@vbe-rp.de

Frank Handstein ***fh***
(Reportage / Recht)
f.handstein@vbe-rp.de

Fotos:
Fotostudio Jan Roeder: Titel,
Seiten 2, 3, 5(2), 7 – 12, 14, 15, 16, 19
www.social-media-lehrperson.info: Seite 4
Franz-Karl Rauls: Seite 24
www.igs.bildung-rp.de: Seite 11
Landkreis Südwestpfalz: Seite 13
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz: Seite 22
Barbara Kuch: Seite 24 (3)
Hjalmar Brandt: 11,12, 16, 30

Die RpS erscheint elfmal im Jahr.
Für VBE-Mitglieder ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen beim Verlag zum Preis von 4,80 Euro vierteljährlich einschließlich Vermittlungsgebühren.

Redaktionsschluss
18.11.2013 für Heft 12/2013. Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten deren Verfasser. Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Gesamtherstellung, Anzeigenverwaltung
Gebrüder Wilke GmbH, Druckerei und Verlag
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-gmbh.de

ISSN: 1869 3717

Die nächste RpS erscheint am 10.12.2013.

Leserbrief

Zum Beitrag: „Über die Nutzbarmachung des Hilfreichen“ in der Rheinland-pfälzischen Schule 10/2013

Die Antwort auf die erfrischende Glosse „Wer bewacht die Wächter?“ (RpS 09/2013) mit dem Titel „Über die Nutzbarmachung des Hilfreichen“ in der RpS 10/2013 war einfach nur (wie Homer Simpson es ausdrücken würde): laaaangweilig. Und sie kam – wen wundert’s – aus der Mottenkiste eines anachronistischen Schulapparates.

Bei diesem Beitrag ist vermutlich ein Großteil der Leser bereits bei der Überschrift eingeschlafen, aber dann schlagartig wieder aus dem Wachkoma zurückgekehrt, als folgende Formulierung auftauchte: ***... aber seit Jahren gibt es in Rheinland-Pfalz niemanden mehr, der mit dieser Position in Zusammenhang gebracht werden möchte.***

Hä? Da fragt man sich doch, in welchem Paralleluniversum der Autor lebt und arbeitet.

Wenn die Glosse „Wer bewacht die Wächter?“ die Sinnlosigkeit mancher Evaluation mit der Sinnlosigkeit von „Fragebögen auf den Nachtkästchen der Hotelzimmer“ vergleicht, heißt es in der Antwort lapidar: Der Artikel appelliere ***an die niederen Instinkte des Lehrers***. Aus der Politik kennen wir ja ähnliche Töne. Wenn dem politischen Gegner etwas nicht passt, sind es ja auch immer ***populistische Themen***.

Es kann eben nicht sein, was nicht sein darf. Dabei sind Lehrerinnen und Lehrer, denen **diese** „Evaluation“ nicht gefällt, ganz bestimmt nicht von gestern. Im Gegenteil, sie sind fortschrittlich, engagiert und wollen sich lösen von einem schulischen Verwaltungs- und Beaufsichtigungssystem, das sie oftmals als verkrustet und veraltet erleben.

Die Frage ist doch: Wie kann man diese Evaluation ernst nehmen, wenn die Schulbehörde noch nicht einmal in der Lage ist, ihr eigenes Einstellungsprozedere transparent zu gestalten?

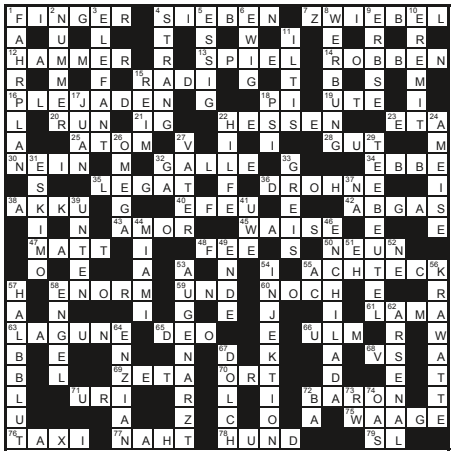
Jede Firma wäre schon lange pleite, wenn sie so arbeiten würde wie der Staat bei der Verwaltung seiner Schulen. Warum ist es z. B. nicht möglich, Stellen mit Kolleginnen und Kollegen zu besetzen, die wirklich an diese Schule passen? Was will man da noch evaluieren?

Fehlbesetzung gegen Fehlbesetzung?

Spaßeshalber sollte man mal in einem ganz normalen Lehrerzimmer die Frage stellen, was eigentlich die Schulverwaltung oder der „Schul-TÜV“ wirklich machen. Man sollte sich über ein verbreitetes Schulterzucken nicht wundern.

Genau das wäre doch mal einer Evaluation würdig.

Klaus S. aus Speyer



Auflösung des Rätsels aus Heft 10 /2013

NIE WIRD SO VIEL GELOGEN WIE
NACH DER JAGD UND VOR DER WAHL

Lehrerstreik: Vom Informationsrecht des Personalrats

Sabine Mages

Am 4. März 2013 fand in Mainz ein Lehrerstreik statt. Daran haben nicht nur tarifbeschäftigte, sondern auch beamtete Lehrkräfte teilgenommen. Der VBE hat den Streik beamteter Lehrkräfte nicht unterstützt, sondern vielmehr davor gewarnt. Wenn Lehrer streiken, gefährdet das ihren Beamtenstatus.

Es kam, wie es kommen musste: Die ADD forderte die Schulleitungen auf, die Streikteilnehmer/-innen zu benennen, um Arbeitsvergütungen zurückzufordern und im Falle der Beamt(inn)en Disziplinarverfahren einleiten zu können. Daraufhin erbat der Bezirkspersonalrat Grundschulen (BPR GS) von der Dienststelle die Namensliste der gemeldeten Streikteilnehmer, um die Einhaltung von Rechtsvorschriften sowie ein gleichmäßiges Vorgehen der Dienststelle im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes zu überwachen.

Die Überlassung der Namensliste wurde allerdings von der ADD verweigert. Sie hielt es für ausreichend, lediglich die meldenden Schulen sowie die Gesamtzahl der Streikteilnehmer bekannt zu geben.

Um es abzukürzen: Der BPR GS legte Rechtsmittel ein, letztlich mit Erfolg. Mitte September urteilte das Verwaltungsgericht Mainz, und die Haltung des BPR GS wurde bestätigt. Der BPR erhielt die Namensliste der Streikenden. Er konnte somit nachprüfen, dass keiner der befristet Tarifbeschäftigten wegen seiner Streikteilnahme Nachteile in Kauf nehmen musste.

Das Urteil in diesem Rechtsstreit ist richtungsweisend für die Zusammenarbeit zwischen Personalräten und ADD, da es der Personalvertretung ein umfassendes Informationsrecht garantiert.

Bisher legte das Land die Vorgaben des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG) so aus, dass ein Informationsrecht der Personalvertretung immer an einen konkreten Mitbestimmungstatbestand gekoppelt ist. Das Urteil stellt jedoch klar, dass der Personalvertretung all jene Informationen zustehen, die sie selbst für die Ausführung ihrer gesetzlichen Aufgaben in eigener Verantwortung als notwendig erachtet. Sie muss hierfür nicht belegen, dass ihr Informationsanspruch begründet ist, weil bereits ein konkreter Anlass, z. B. eine Rechtsverletzung, vorliegt. Vielmehr ist ihr Informationsbegehren zur Wahrung der kollektiven Interessen der Beschäftigten und zur Ausübung ihrer gesetzlichen Aufgaben allein ausreichend.

Darüber hinaus widerlegt das Urteil die Stichhaltigkeit der von der ADD oft ins Feld geführten Datenschutzgründe, die zur Ablehnung des Informationsbegehrens der Personalvertretung vorgebracht wurden. So heißt es im Urteil, dass die Personalvertretung Teil der Dienststelle und damit selbstverständlich sowohl zur Verschwiegenheit als auch zur Einhaltung der Datenschutzbestimmungen verpflichtet ist. Ausnahmen gelten nur für sensible persönliche Daten.

Sollte das Urteil Rechtsgültigkeit behalten – Berufung ist möglich –, wird ein Umdenken in der Zusammenarbeit zwischen ADD und Personalvertretung stattfinden müssen. Der Rahmen für das weitreichende Informationsrecht des Personalrats und die Informationspflicht des Landes ist neu abgesteckt.

■ *Sabine Mages*
stellv. VBE-Landesvorsitzende

Gleiches Geld für gleiche Arbeit: Prozess geht in die nächste Runde

Der VBE Rheinland-Pfalz kämpft seit Langem für mehr soziale Gerechtigkeit unter den Lehrerinnen und Lehrern. Nach dem Grundsatz „Lehrer sind Lehrer“ setzt sich der VBE für eine Gleichstellung in Ausbildung, Arbeitszeit und Besoldung ein, ebenso für eine Angleichung tarifbeschäftigter Lehrkräfte an ihre beamteten Kolleginnen und Kollegen. Nachdem jahrelange politische Initiativen letztlich nur wenig gefruchtet haben, wurde im letzten Jahr auch der juristische Weg eingeschlagen.

Der VBE unterstützt seitdem eine Kollegin an einer Realschule plus bei ihrer Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz, die mit der Lehrbefähigung für Grund- und Hauptschulen die gleiche Arbeit leistet wie ihre Kolleginnen bzw. Kollegen mit der Lehrbefähigung für Realschulen, aber für diese gleiche Arbeit um eine Stufe geringer bezahlt wird. Die Klage hat auch Bedeutung für die Gleichstellung der Lehrkräfte anderer Schularten.

Das Verwaltungsgericht Koblenz hat im Frühjahr die Klage in erster Instanz abgewiesen. Ende November findet vor dem Oberverwaltungsgericht Koblenz die Berufungsverhandlung statt. Es bleibt also spannend.

Die aktuelle Zahl: Sek-II-Abschluss wird Standard

Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren mit mindestens einem Abschluss des Sekundarbereichs II lag im Jahr 2011 in Deutschland mit 86 % deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 75 %. Das ist überwiegend auf die duale Berufsausbildung zurückzuführen. Dies geht aus den „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2013“ hervor. Rheinland-Pfalz lag mit einem Anteil von 84% knapp unter dem Bundesdurchschnitt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder September 2013

Lehrerverbände bieten „Leitfaden Social Media“

Soziale Netzwerke im Check

Drei Lehrerverbände aus Deutschland, Österreich und der Schweiz fordern von den Kultusbehörden eine bessere Schulung und mehr Schutz der Lehrkräfte beim Umgang mit den neuen sozialen Medien. Dazu haben die deutschsprachigen Berufsverbände VBE, die Organisation der Pflichtschullehrer/-innen in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) Österreich sowie der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) gemeinsam einen „Leitfaden Social Media“ für Lehrkräfte und Schulleitungen erarbeitet. Die drei Verbände verlangen klare juristische Grundlagen für den Gebrauch des Web 2.0. Weiterbildung und Beratung sowie Checklisten für das Handeln bei Notfällen an jeder Schule. Für den Fall von Angriffen auf Lehrpersonen im Netz hält der Leitfaden detaillierte Hinweise bereit. „Lehrerinnen und Lehrer müssen ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag auch im Hinblick auf Facebook und Co. nachkommen können“, erklärte der stellvertretende VBE-Vorsitzende Rolf Busch. Das Web 2.0 für Lehrpersonen zu tabuisieren sei genauso falsch wie Überlegungen, Lehrerinnen und Lehrer zum Auftritt in sozialen Netzwerken zu verpflichten.

■ *dpa*

Immer mehr Westdeutsche stellen das Turbo-Abitur infrage

Das klassische Abitur nach 13 Jahren Schulzeit erlebt derzeit im Westen eine Renaissance. Hintergrund ist die weit verbreitete Klage von Schülern und Eltern über die Belastung durch das Turbo-Abitur. Im Osten hat das achtjährige Gymnasium Tradition und wird kaum infrage gestellt. In Niedersachsen wurde die Beibehaltung des Abiturs nach 13 Jahren an den Integrierten Gesamtschulen bereits beschlossen. Im Dialog mit den Verbänden will man erörtern, ob es an den Gymnasien beim Abitur nach 12 Jahren bleiben soll. In Schleswig-Holstein hatte die abgewählte schwarz-gelbe Koalition eine Wahlfreiheit für die Schulträger eingeführt. Der neue Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) will aber für die Gymnasien wieder G8 einführen und den längeren Weg zum Abitur auf die Gemeinschaftsschulen beschränken. In Hamburg hat eine Elterninitiative eine sogenannte Volksinitiative für G9 auf den Weg gebracht. In Nordrhein-Westfalen gibt es neben den Gesamtschulen Modellzüge für G9 an Gymnasien. In Rheinland-Pfalz geht sowohl G8 als auch G9. Das Turbo-Abi ist aber nur in Verbindung mit einer verpflichtenden Ganztagsschule ab der Klasse 7 möglich. In Hessen dürfen Gymnasien wieder zum Abitur nach 13 Jahren zurückkehren – 39 nutzen die Möglichkeit zunächst. Bayern versucht mit einem sogenannten Flexibilisierungsjahr in der Mittelstufe den Streit ums Turbo-Abitur zu befrieden: Gymnasien können entscheiden, ob sie in der Mittelstufe ein zusätzliches Schuljahr mit Förderangeboten einlegen.

■ *dpa*

Lehramtsstudium Inklusion an Uni Potsdam

Die Universität Potsdam bietet künftig ein Lehramtsstudium an, mit dem sich die Studierenden für das gemeinsame Unterrichten von behinderten und nicht-behinderten Kindern an Inklusionsschulen qualifizieren. „Das ist in Deutschland bislang einmalig“, betonte Wissenschaftsministerin Sabine Kunst (parteilos). Entsprechend beliebt sei der Studiengang schon jetzt: Auf die 60 geplanten Plätze hätten sich knapp 400 Interessenten beworben.

Lehrerbildung: Deutsch-dänische Kooperation

Die Universität Flensburg und das University College (UC) Southern Denmark planen gemeinsame Forschungsprojekte im Bereich Lehrerbildung und Inklusion. Zur gemeinsamen Arbeit soll auch der Vergleich von Lehrerbildung und Schulsystemen in Deutschland und Dänemark gehören. Zudem ist geplant, sich Fragen der Minderheitenpädagogik zu widmen. Mittelfristig ist es nach Angaben der Uni Flensburg ein Ziel, ein gemeinsames Forschungszentrum für Lehrerbildung und Schule einzurichten. Zusätzlich wird ein intensiverer Austausch von Dozenten und Studieninhalten angestrebt.

■ *dpa*

DIHK warnt vor Trend zur „Akademisierung“

Der Chor der Stimmen, die vor einer zu hohen Akademisierungsrate in Deutschland warnen, wird lauter. Auch Industrie und Handel sehen angesichts nicht besetzter Lehrstellen die steigenden Studierendenzahlen in Deutschland kritisch. „Nicht jeder ist mit einem Studium auf der Erfolgsspur. Rund 25 Prozent der Studienanfänger brechen ab“, sagte der Ausbildungsreferent des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) Markus Kiss. Inzwischen gebe es mit rund 500.000 Menschen fast so viele Erstsemester wie Ausbildungsanfänger. Gemeinsam mit Hochschulen und Arbeitsagenturen müsse Studienabbrechern der Umstieg in eine duale Ausbildung erleichtert werden, meinte Kiss.

■ dpa

Gefragter als Akademiker: Auszubildende

Nur jeder Fünfte mit Bildungssystem zufrieden

Nur jeder fünfte Bürger meint, dass das deutsche Bildungssystem junge Menschen gut auf die Zukunft vorbereitet. Dies zeigt eine Umfrage der Stiftung für Zukunftsfragen unter 2.000 Bundesbürgern. Während zwei Drittel der Dänen und auch 51 Prozent der Schweizer sich zufrieden und optimistisch über ihr Bildungssystem äußern, hadern vor allem Österreicher, Deutsche, Polen und Griechen mit ihrem jeweiligen Schul- und Hochschulsystem. Die Stiftung ließ in zehn Nationen insgesamt 11.000 repräsentativ ausgewählte Bürger befragen. Danach ist der Zustimmungswert von 2010 von 26 Prozent auf jetzt 20 Prozent gesunken. Die Bürger in den neuen Bundesländern sehen das deutsche Bildungssystem laut Umfrage noch kritischer als die Bevölkerung im Westen. Im Osten äußern sich 16 Prozent zufrieden, im Westen 22. Unterschiedliche Einschätzungen gibt es auch zwischen Alt und Jung. Während Personen unter 35 Jahren mit 28 Prozent noch das meiste Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der deutschen Bildung haben, gaben sich von den über 50-Jährigen nur 16 Prozent optimistisch.

■ *dpa*

Bildungspolitische Weichenstellungen überfällig

Nach der Bundestagswahl sind Weichenstellungen überfällig: Immer mehr Eltern rufen nach Ganztagsschulplätzen. Die Schulen müssen zudem für die Inklusion besser ausgestattet werden. Mehrere Länder haben das Versprechen des Bildungsgipfels 2008, die „demografische Rendite“ aus den rückläufigen Schülerzahlen zur Qualitätsverbesserung in den Schulen zu nutzen, längst angesichts ihrer Haushaltsprobleme und der bald einzuhaltenden Schuldenbremse gebrochen. Zur Lockerung oder gar Abschaffung des Kooperationsverbotes von Bund und Ländern in der Bildung ist eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat erforderlich. Immer mehr setzt sich bei allen Akteuren in der Bildung wie in der Wissenschaft die Einsicht durch, dass das mit der Föderalismusreform von 2006 im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot ein großer Fehler war. Die Länder haben sich angesichts des gewaltigen Reformbedarfs in Schulen sowie Hochschulen übernommen.

■ *dpa*

Eltern wollen mehr Ganztagsschulen

Gute Leistungen der rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler

Am 11. Oktober 2013 wurden in Berlin die Ergebnise der IQB-Studie mit einem länderübergreifenden Vergleich der mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I veröffentlicht.

Bei diesem Vergleich schneiden die rheinland-pfälzischen Neuntklässler im bundesweiten Vergleich relativ gut ab. Dieses gute Ergebnis zeigt nicht nur das Interesse der Jugendlichen, sondern weist auch auf einen guten Unterricht mit hoher fachlicher und fachdidaktischer Qualität der Kolleginnen und Kollegen hin.

Der VBE sieht darin auch das gelungene Ergebnis der Bemühungen, den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht im Bereich der Sekundarstufe I moderner und effizienter zu gestalten. Ein besonderes Problem ist und bleibt der enge Zusammenhang von sozialer Herkunft und schulischen Leistungen, also dem Bildungserfolg. Auch wenn die Situation in Rheinland-Pfalz vergleichsweise besser ist als in vielen anderen Bundesländern, muss doch noch mehr daran gearbeitet werden, die Bildungschancen insbesondere von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern.

„Das ist aber – wie alle ähnlichen Vergleichsstudien gezeigt haben – nicht allein ein schulpolitisches Problem und deshalb letztlich nicht ohne gesellschaftspolitisch flankierende Maßnahmen zu lösen."

■ *RED*

Schulgesetznovelle:

Freies Wahlrecht für Eltern behinderter Kinder bei rheinland-pfälzischen Schulen geplant

Eltern behinderter Kinder sollen in Rheinland-Pfalz künftig zwischen besonderen Förderschulen und dem gemeinsamen Lernen mit nichtbehinderten Kindern wählen können. Das sieht ein von Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) präsentierter Gesetzentwurf vor. Die schrittweise Schaffung eines inklusiven Schulangebotes bezeichnet sie als „die aktuell größte bildungspolitische Herausforderung". Die Bundesrepublik hatte 2009 die UN-Konvention über die Rechte von Behinderten ratifiziert. Darin verpflichtet sich auch Deutschland, ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten. Laut Ahnen muss die weitere Entwicklung von Schwerpunktschulen und Beratungszentren vorangetrieben werden. Geplant sei auch ein Gesetz unter anderem zur Lehrerfortbildung für inklusiven Unterricht. Nach dem vor gut zehn Jahren gestartetem Ausbau des Netzes von Schwerpunktschulen werde gemeinsames Lernen inzwischen in allen Regionen des Landes von der ersten bis zur zehnten Klasse angeboten. Derzeit gibt es laut Ministerin 150 Schwerpunktschulen für Grundschüler sowie 112 weiterführende Schulen mit inklusiven Angeboten. Hinzu kommen 136 Förderschulen. Mit dem vom Kabinett verabschiedetem Gesetzentwurf befasst sich nun der Landtag. Nach Angaben der SPD-Fraktion soll das vorbehaltlose Wahlrecht für Eltern vom Schuljahr 2014/15 gelten.

VBE fordert: Mehr Förderschullehrkräfte durch Umschulung ausbilden

Zu der von der Landesregierung beabsichtigten Schulgesetzänderung sagte der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Bold in einer Stellungnahme: „Wir sind uns mit der Landesregierung völlig einig, dass die schulpolitische Umsetzung der von Deutschland ratifizierten UN-Behindertenkonvention zur Inklusion eine der größten Herausforderungen für unser Schulwesen ist – konzeptionell und materiell.

Insofern sehen wir auch in dem jetzt vorgelegten Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes wichtige und richtige Ansätze, um der Umsetzung der Inklusion eine stabile gesetzliche Grundlage zu geben. Insbesondere die Klarstellung im Gesetzentwurf, dass die Inklusion grundsätzlich Sache aller Schulen ist und nicht nur Förderschulen oder Schwerpunktschulen betrifft, gibt die Richtung an.

Allerdings hat Inklusion dann auch ihren Preis. Wir sind den Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen eine hochwertige pädagogische Förderung schuldig – wo immer sie unterrichtet werden.

Die Umsetzung der Inklusion muss deshalb für die Landesregierung ein legitimer Anlass sein, ihre Sparbeschlüsse zur Streichung der fast 2.000 Lehrerstellen in den kom-

menden Jahren zu überdenken. Ansonsten bleibt – auch bei den schönsten Paragrafen – das große Manko des rheinland-pfälzischen Inklusionskonzeptes die dürftige und mangelhafte Finanzierung. Frustrationen bei vielen Beteiligten im Bereich der Schulen, Eltern und Schulträger sind dadurch geradezu programmiert."

Förderschulen wird es auch weiterhin geben. Ihre Weiterentwicklung zu Förder- und Beratungszentren, wie das die Landesregierung jetzt vorhat, ist nach Auffassung des VBE ein richtiger Weg. Allerdings sollten ihn alle Förderschulen beschreiten können – und nicht nur eine Auswahl.
Der Ausbau von Schwerpunktschulen ist nicht die alleinige Lösung, das hat die Landesregierung offensichtlich verstanden. Allerdings fehlen im Land qualifizierte Förderschullehrkräfte. Der VBE schlägt deshalb vor, Lehrkräfte mit befristeten Verträgen zu Förderschullehrkräften berufsbegleitend umzuschulen und damit der Inklusion im Land und den Lehrkräften selbst neue Perspektiven zu eröffnen.

■ *dpa/RED*

Grundschulzeugnisse:

Änderung zum Schulhalbjahr 2013/2014 vorgesehen

Das Anhörungsverfahren zur Änderung der Grundschulordnung läuft. Die Überarbeitung der Grundschulordnung betrifft – neben Grundschulempfehlung und Herkunftssprachenunterricht – vor allem die Grundschulzeugnisse. Im Einzelnen ist bei den Grundschulzeugnissen vorgesehen:

- Im ersten und zweiten Schuljahr soll alles wie bisher bleiben.
- Im dritten Schuljahr wird zum Schulhalbjahr ein Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch eingeführt (protokolliert). Ergänzend werden in einem Halbjahreszeugnis die Leistungen benotet. Zum Schuljahresende wird ein Zeugnisformular mit der Nutzung von „standardisierten Könnensprofilen" ermöglicht.
- Im vierten Schuljahr gilt im Prinzip das Gleiche: Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch zum Schulhalbjahr mit Protokollierung und Notenzeugnis; Abschlusszeugnis mit Nutzung der „standardisierten Könnensprofile".
- Unbenommen bleibt § 34 (3) der Grundschulordnung, wonach auf Beschluss der Gesamtkonferenz und im Benehmen mit dem Schulelternbeirat auf Noten in den Zeugnissen der Klassenstufe drei verzichtet werden kann.
- Die bisherigen Verbalzeugnisse können – anstatt der Nutzung der „standardisierten Könnensprofile" – weiter verwendet werden. Allerdings müssen die Zeugnisformulare schuleinheitlich verwendet werden.

Das neue Zeugnisformular mit „standardisierten Könnensprofilen" entspricht im Großen und Ganzen dem vom VBE Rheinland-Pfalz seit Längerem vorgeschlagenen „Kompetenzstufenzeugnis". Dieses „Kompetenzstufenzeugnis" ist von Grundschulen bzw. Kollegien in Abstimmung mit den Eltern entwickelt worden und wird laut einer

Grundschule – spannend wie immer

VBE-Umfrage an den Grundschulen von der überwiegenden Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen unterstützt.

Der VBE Rheinland-Pfalz sieht in diesen geplanten Änderungen einen großen Erfolg in seinen Bemühungen zur Weiterentwicklung der Grundschulzeugnisse. Das neue Zeugnisformular

- ist übersichtlicher strukturiert,
- bietet noch mehr Möglichkeiten für eine individuelle Leistungsbeurteilung,
- ist bei der Erstellung mit erheblich weniger Aufwand verbunden.

Allerdings bleibt zu fragen, warum eine Verwendung der „standardisierten Könnensprofile" (also das Kompetenzstufenzeugnis) nicht auch schon bei den Zeugnissen im ersten und zweiten Schuljahr erfolgen kann.
Leider muss die Novellierung der Grundschulordnung und die damit verbundenen Änderungen bei den Zeugnissen wieder mitten im Schuljahr durchgeführt werden. Dies wird an den Schulen berechtigterweise Verärgerungen zur Folge haben, auch wenn sich die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen diese Veränderungen wünscht. Der VBE Rheinland-Pfalz hat sich jedenfalls frühzeitig für die jetzt geplanten Veränderungen im Interesse der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. ■ *RED*

Die Integrierten Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz sind aus der Schulstrukturreform gestärkt hervorgegangen. Darauf verweist nicht nur die Zahl der mittlerweile 55 Standorte, die – anders als zu Beginn des IGS-Ausbaus – über das ganze Land verteilt sind. Auch die Nachfrage bei den Eltern nach Gesamtschulplätzen ist ungebrochen, und der Bedarf kann nicht – wie seit vielen Jahren schon – gedeckt werden.

Manche sehen in den Integrierten Gesamtschulen die eigentlichen „Gewinner" der Reform – mit noch mehr Entwicklungspotenzial. Denn an jeder Integrierten Gesamtschule (IGS) gibt es laut Schulgesetz in der Regel eine gymnasiale Oberstufe, also den direkten Weg zum Abitur. Das war vor der Schulstrukturreform anders. Wer als Eltern für sein Kind den Weg zum Abitur wünscht – und das sind nach allen Umfragen die meisten, hat mit dem Ausbau der Integrierten Gesamtschulen nun mehr Alternativen. Für viele ist es sogar die bessere.

Doch noch etwas hat sich in den letzten Jahren geradezu radikal verändert: Die ideologische Debatte um die Integrierten Gesamtschulen ist weg. Nur noch wenige schulpolitische kalte Krieger kämpfen gegen die vermeintliche Gleichmacherei mit sozialistischem Etikett. Stattdessen sind mittlerweile viele Integrierte Gesamtschulen von Schulträgern in einem parteipolitisch eher konservativen Umfeld gegründet worden.

All dies ließe rosa Zeiten für die Integrierten Gesamtschulen erahnen. Wenn da nicht die insgesamt rückläufigen Schülerzahlen wären. Diese werden auch die Integrierten Gesamtschulen erfassen. Allerdings: Ihre Chancen in der Gunst der Eltern bei deren Schulwahlentscheidung stehen – siehe oben – insgesamt nicht schlecht, noch wächst ihre Attraktivität. Und dies nicht zuletzt auch durch ein pädagogisches Angebot, das – im Wortsinn – unvergleichlich ist.

Die RpS-Redaktion hat eine der jüngeren Integrierten Gesamtschulen in Selters im Westerwaldkreis besucht, um herauszufinden, warum es immer mehr gibt, die die Integrierte Gesamtschule – ganz unideologisch – für die Schule der Zukunft halten.

■ *RED*

Integrierte Gesamtschule: Die bessere Alternative?

– Ein Besuch an der IGS Selters –

„Wir sind weg vom Hausaufgabensystem. Denn 85 % der Kinder und Jugendlichen nehmen an unserem Ganztagsprogramm teil. Die allermeisten davon in Ganztagsklassen. Allein für den Nachmittagsunterricht stehen uns 117 Lehrwochenstunden zur Verfügung. Wir haben das, was früher mit Hausaufgaben zu erledigen war, in das pädagogische Programm unserer Schule integriert. Den Eltern kommt das entgegen, und die Schülerinnen und Schüler entwickeln mehr Lernfreude. Bisher hat noch niemand das Ganztagsangebot verlassen." Anne Benkwitz ist überzeugt vom pädagogischen Fortschritt an ihrer Schule. Sie ist die Leiterin für den Ganztagsbetrieb an der Integrierten Gesamtschule (IGS) in Selters, einer Stadt von knapp 3.000 Einwohnern im Westerwald, allerdings mit einem weit größeren Einzugsgebiet von ca. 50 Ortsgemeinden.

Die IGS Selters gibt es seit dem Schuljahr 2010/2011, nach einem Jahr als Realschule plus im Rahmen der Schulstrukturreform. Zuvor war sie – die „Oberwaldschule" – über viele Jahre Regionale Schule, und noch davor eine organisatorisch verbundene Grund- und Hauptschule. In jenen Tagen lag die Schülerzahl noch weit über 600 und ging dann im Lauf der Jahre bis auf unter 400 zurück. Jetzt, als IGS, steigt die Schülerzahl wieder, und allein die vier Klassenstufen der IGS werden von fast 500 Schülerinnen und Schülern besucht.

Die Schulstrukturreform hat es mit sich gebracht, dass formal zwei Schularten nebeneinander am gleichen Ort existieren: die „alte" Realschule plus läuft aus, die „neue" IGS wird von unten aufgebaut. Das Ganze wird zusammengehalten durch ein Kollegium, die an beiden Schularten – wie

sollte es auch anders funktionieren – tätig sind. Zurzeit arbeiten an der IGS Selters und der auslaufenden Realschule plus insgesamt 43 Kolleginnen und Kollegen; jedes neue Schuljahr wird ein Kontingent von der Realschule plus an die IGS versetzt. Mittlerweile sind an der IGS Selters Kolleginnen und Kollegen mit folgenden Lehrbefähigungen vertreten: Gymnasium (7), Realschule (13), Grund- und Hauptschule (19) und Förderschule (1).

Was die IGS so eigen macht

Der Grund für diese aufstrebende Entwicklung liegt sicher nicht nur im Ganztagsprogramm oder daran, wie hier mit den Hausaufgaben umgegangen wird. Das gibt es auch an anderen (Ganztags-)Schulen. Aber das Ganztagsangebot ist doch eine wesentliche Grundlage für das, was die IGS von anderen Schularten unterscheidet. Und das sind im Wesentlichen

- eine heterogene Schülerschaft hinsichtlich der Neigungs-/Leistungsprofile und der sozialen Herkunft; Heterogenität ist im Lernprozess nicht soziale Belastung, sondern pädagogische Bereicherung;
- das Angebot aller Bildungsabschlüsse bis zum Abitur;
- konsequenter Verzicht auf äußere Differenzierung;
- das Tutorenprinzip statt Klassenlehrer/-innen: acht Tutorinnen und Tutoren einer Klassenstufe übernehmen (möglichst) den gesamten Unterricht in den vier Parallelklassen;
- ein integriertes Förderprogramm auf der Basis des Klassenverbandes;
- Lehr- und Lernmethoden, die die pädagogischen Erfahrungen aus der Grundschule konsequent fortsetzen.

Den steigenden Anmeldezahlen und der wachsenden Konkurrenzfähigkeit auch gegenüber benachbarten – gymnasialen – Standorten ist es anzumerken: Die Eltern nehmen das Bildungsangebot der IGS Selters an. Sie haben Vertrauen in diese Schule entwickelt. Ein Ergebnis, das natürlich auch dem Schulträger, dem Westerwaldkreis, mehr aber noch der Verbandsgemeinde Selters zupasskommt, die ehemals diese Schule mit erheblichem Aufwand und Engagement gefördert hat. Ohne Zweifel eine gute Investition, die die Region stärkt.

Integrierte Gesamtschulen haben – als „Wahlschulen“ – ein spezielles, zeitlich vorgezogenes Aufnahmeverfahren.

Was ist eigentlich eine IGS?

Mit einer Gesamtschule wird eine schulische Organisationsform bezeichnet, bei der auf einer einheitlichen Primarstufe (Grundschule) mindestens eine Sekundarstufe I mit den Klassenstufen 5 bis 10, ggf. auch eine Sekundarstufe II mit der gymnasiale Oberstufe (in Rheinland-Pfalz „Mainzer Studienstufen“) zusammengefasst sind. Gesamtschulen unterscheiden sich nach dem Grad der Integration der Bildungsgänge bzw. nach der Art und Organisation der Differenzierung der Bildungsangebote. In Rheinland-Pfalz bestehen im Schuljahr 2013/2014 55 integrierte Gesamtschulen;

Eine Integrierte Gesamtschule (IGS) verfügt über ein differenziertes Kurs-System in dem die Bildungsgänge aufgelöst sind. Die Unterrichtsorganisation fasst Schülerinnen und Schüler in einem weitgehend gemeinsamen Unterricht zusammen und verzichtet auf äußere Differenzierungen, die hingegen das gegliederte Schulsystem prägen. Der Unterricht findet im Klassenverband mit der Möglichkeit der inneren Differenzierung sowie in Kursen mit einer Differenzierung nach Leistung oder in klasseninternen Lerngruppen statt (vgl. Schulgesetz Rheinland-Pfalz § 10 (6)). ■ *RED*

Es soll dafür sorgen, dass drei unterschiedene Leistungsgruppen gleichmäßig vertreten sind. Relevant sind die Grundschulnoten in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht. Die begrenzte Anzahl von 112 verfügbaren Plätzen in der Klassenstufe 5 hat in den vergangenen Jahren immer dazu geführt, dass viele Kinder abgewiesen werden mussten, auch um eine gleichmäßige Verteilung der Leistungsgruppen zu erhalten. Und dieser Verteilungsproporz ist für die pädagogische Leistungsfähigkeit einer IGS konstitutiv. Aktuell ist dieser Proporz – da immer mehr Schüler mit einer Gymnasialempfehlung aufgenommen werden – ein Stück auf der Leistungsskala nach oben verschoben. Das zeigt, wie konkurrenzfähig mittlerweile die IGS wie in Selters geworden ist.

Differenzierungsmodelle

An der IGS Selters wird grundsätzlich im Klassenverband unterrichtet. In den Klassenstufen 5 und 6 wird die aus der Grundschule bekannte innere Differenzierung fortgesetzt; auch Klassenarbeiten – so Natascha Delgado als Pädagogische Koordinatorin für die Orientierungsstufe – werden auf unterschiedlichem Niveau geschrieben, und: „Wir wollen die Kinder aber auf keine Niveaustufe festlegen, sie sollen selbst entscheiden, auf welcher Stufe sie arbeiten wollen. Und das können sie auch.“

In den Hauptfächern wird der Unterricht in den Ganztagsklassen um eine Stunde pro Woche erweitert. So ist es möglich, auf die individuellen Bedürfnisse und Interessen der Kinder und Jugendlichen besser eingehen zu können.

Gleiches Geld für gleiche Arbeit – auch an der IGS ein Thema

Die Gleichstellung der Lehrkräfte in Ausbildung, Arbeitszeit und Bezahlung ist an weiterführenden Schulen ein Thema, solange es Gesamtschulen gibt. Eigentlich wurde es durch ihre Gründung erst aufgeworfen. Denn die Gesamtschulen haben Schluss gemacht mit der „begabungsdifferenzierten“ Gliederung nach Schularten und damit auch mit der historisch gewachsenen, aber in der Sache durch nichts belegbare Hierarchie nach Lehrer„typen“, die sich in den unterschiedlichen Lehrämtern niederschlagen und die durch unterschiedlich lange Ausbildungen, unterschiedliche Deputate und unterschiedliche Besoldungen gekennzeichnet sind – für im Prinzip die gleiche Arbeit.

Ein „Lehramt an Gesamtschulen“ hat es nie gegeben, insofern schleppt die IGS über die unterschiedlichen Lehrämter der an ihr beschäftigten Kolleginnen und Kollegen das dreigliedrige Schulwesen noch immer mit durch. Das ist ein Hypothek, die die konkurrenzfähige Entwicklung der Gesamtschulen nicht gerade befördert hat.
Diese soziale Ungleichheit in der Lehrerschaft der Integrierten Gesamtschulen hat durch die Schulstrukturreform neue Aktualität erhalten. Auch künftig soll es offensichtlich eine Zweiklassen- bzw. an den IGS sogar eine Dreiklassengesellschaft der Lehrer geben.

An den Integrierten Gesamtschulen unterrichten heute im Bereich der Sekundarstufe I Kolleginnen und Kollegen mit verschiedenen Lehrämtern die gleichen Schülerinnen und Schüler im gleichen Unterricht. Sie erteilen die gleichen Leistungsnachweise und vergeben die gleichen Schulabschlüsse. Wie anders soll ein pädagogisches System auch funktionieren, das alle Schüler integrieren und fördern will? Trotzdem werden die Lehrkräfte, die diese pädagogische Leistung in gleicher Weise erbringen, vom Land für die gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt.

Dabei stützt sich das Land auf ein traditionelles Dienstrecht, das auch nach mehrfacher Novellierung nicht an die tatsächlichen schulpolitischen Verhältnisse angepasst worden ist. Zwar bewertet man die Kompetenz aller Lehrerinnen und Lehrer bei der Umsetzung der schulischen Reformen gleich und nimmt diese gern in Anspruch. Wenn es um die Besoldung geht, differenziert das Land aber weiterhin nach einer Besoldungsstruktur, die so tut, als habe es keine Reformen gegeben.

Deshalb hat sich der VBE Rheinland-Pfalz entschlossen, nicht mehr nur politisch für eine Gleichstellung der Lehrer in Ausbildung, Deputat und Besoldung zu streiten, sondern auch den Weg über die Gerichte zu unterstützen. Er unterstützt eine Kollegin aus dem Bereich der Realschule plus, das Problem ist allerdings an der IGS identisch.

Wir in VBE Rheinland-Pfalz kämpfen also für eine Gleichstellung der Lehrkräfte auch an der IGS und machen dabei – nachdem man uns über Jahrzehnte politisch hat vor die Wand laufen lassen, selbst von Rot-Grün – Nägel mit Köpfen. Der Ausgang ist ungewiss.
Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Wenn nicht jetzt kämpfen, dann die nächsten Jahre auch nicht mehr.

■ *RED*

An Integrierten Gesamtschulen gibt es keine äußere Differenzierung – schön wär‘s, das stimmt so allgemein allerdings nicht. In Selters aber trifft es zu. Selbst in den ab Klassenstufe 7 nach der Übergreifenden Schulordnung erforderlichen Grund- und Erweiterungskursen (G- und E-Kurse) lernen die Kinder weiterhin in ihrer Tischgruppe, aber in einer kleineren Lerngruppe als es der Klassenverband ist, erläutert uns der Pädagogische Koordinator für die Klassenstufen 7 und 8, Holger Wick: „Aus zwei Klassen werden drei Lerngruppen. Und trotzdem lernen die Kinder weiter in ihrer gewohnten Tischgruppe, sie bildet ihre pädagogische Heimat.“ Differenziert wird über Methoden, Materialien und Aufgaben.

Apropos Tischgruppe: Damit ist nicht nur ein quasi pädagogisches Prinzip bezeichnet, sondern eine strukturelle Lerngruppe, die nahezu über die gesamte Schulzeit erhalten bleibt. Eine – heterogene – Tischgruppe von vier bis sechs Schülerinnen und Schülern entsteht nach wöchentlichen Evaluationen durch die Schüler selbst und nach einer genauen Beobachtungsphase durch die Tutoren (sprich: Klassenleiter), wobei folgende Kriterien auf ihre Zusammensetzung Einfluss haben: Geschlechterverhältnis, Unterschiedlichkeit der Leistungsniveaus, Wunschpartner/-innen und Unterschiedlichkeit der Lern„typen“. Ziele sind: weniger Lernstörungen, ein besseres Lernklima und damit eine stabile Lernumgebung. Der vorrangige Effekt: das Lernen fällt leichter, Lernprozesse werden erfolgreicher. Und nichts motiviert so sehr wie Erfolg.

Ab Klassenstufe 9 werden auch die Fächer Deutsch, Physik und Chemie differenziert in Lerngruppen nach G- und E-Kursen unterrichtet. Ein Auf- und Absteigen ist halbjährlich möglich.

Der pädagogische Kern: Das Tutorensystem

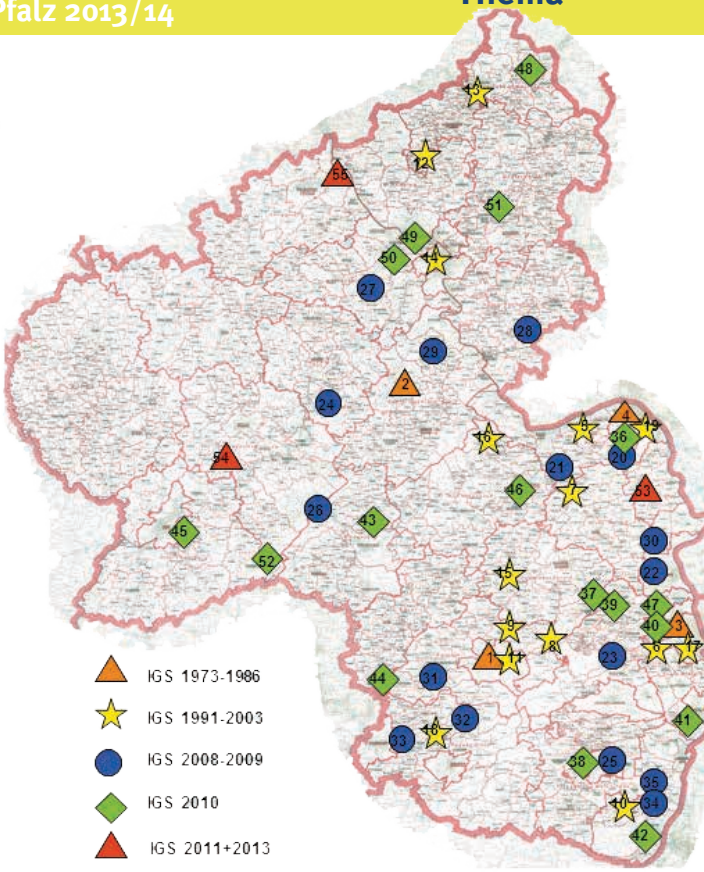
Das Tutorensystem hat sich als Kern des pädagogischen Systems der Schule immer wieder und nachhaltig bewährt, wie uns Claudia Schaub, die didaktische Koordinatorin, sehr anschaulich deutlich macht. Wie bereits in der Grundschule wird mit Beobachtungsbögen gearbeitet, die geradezu lückenlos das Lernverhalten der Schülerinnen und Schüler dokumentieren und damit frühzeitig fördernde Interventionen ermöglichen. Kein Kind fällt durch ein Raster.

Schülerinnen und Schüler, die eine (Leistungs-)Krise haben, bleiben in ihrem gewohnten Lernumfeld, werden nicht „extern“ versorgt bzw. gefördert. Deshalb gibt es an der IGS Selters auch kein „Sitzenbleiben“ (das geht also!), Defizite werden frühzeitig und gemeinschaftlich aufgearbeitet. Das wissen übrigens auch die Eltern zu schätzen, die dieses pädagogische Programm stützen. Und die Leistungsstarken? Ihnen wird bestimmt nicht langweilig, denn Sie sind durch das individuelle Leistungssystem stets herausgefordert und müssen sich anstrengen, um auf Niveau zu bleiben. Wie heißt es doch? Fördern und fordern – genau!

In Selters hat sich sehr früh ein „IGS-Bewusstsein“ entwickelt, so der Schulleiter und Direktor der Schule, Michael Nell. Dieses Bewusstsein, die Förderung heterogener Lerngruppen pädagogisch in den Mittelpunkt zu stellen, habe es eigentlich schon in den Vorgängerschulen bzw. -schularten gegeben. Insoweit sei die Entwick-

Integrierte Gesamtschulen in Rheinland Pfalz 2013/14

1 Kaiserslautern, Bertha von Suttner
2 Kastellaun
3 Ernst Bloch, Ludwigshafen
4 Mainz-Bretzenheim
5 Kurt Schumacher, Ingelheim
6 Mutterstadt
7 Georg-Forster-Gesamtschule Wörrstadt
8 Enkenbach-Alsenborn
9 Otterberg
10 Kandel
11 Kaiserslautern, Goetheschule
12 Horhausen/Ww.
13 Friedrich Wilhelm Raiffeisen Hamm/Sieg
14 Koblenz
15 Rockenhausen
16 Stromberg
17 Ludwigshafen-Gartenstadt
18 Thaleischweiler-Fröschen
19 Anna Seghers Mainz
20 Nieder-Olm
21 Gerhard Ertl, Sprendlingen
22 Worms
23 Deidesheim/Wachenheim
24 Zell
25 Private Montessori-Schule Landau
26 Morbach
27 Polch
28 Nastätten
29 Emmelshausen
30 Osthofen
31 Landstuhl
32 Waldfischbach-Burgalben
33 Contwig
34 Rheinzabern
35 Rülzheim
36 Mainz-Hechtsheim
37 Eisenberg
38 Landau
39 Grünstadt
40 Ludwigshafen-Edigheim
41 Speyer
42 Wörth
43 Herrstein-Rhaunen
44 Schönenberg-Kübelberg/ Waldmohr
45 Trier
46 Bad Kreuznach
47 Robert Schumann, Frankenthal
48 Betzdorf/Kirchen
49 Neuwied
50 Pellenz in Plaidt
51 Selters Oberwaldschule
52 Hermeskeil
53 Oppenheim
54 Salmtal
55 Remagen



Quelle: www.igs.bildung-rp.de

lung zur IGS nur folgerichtig bzw. konsequent. Und dies ist auch die Grundlage für die weitere Entwicklung seiner Schule, so als Schwerpunktschule ab dem laufenden Schuljahr 2013/2014, indem in einzelnen Klassen beeinträchtigte Kinder bzw. Jugendliche inklusiv gefördert werden.

Der Tropfen Wermut: Die Raumsituation

Es ist noch gar nicht so lange her, es war 2010, da sind alle Räume renoviert und mit moderner Technik ausgestattet worden. Darauf hat der Schulträger viel Wert gelegt – wie übrigens auch auf die Sportanlagen.

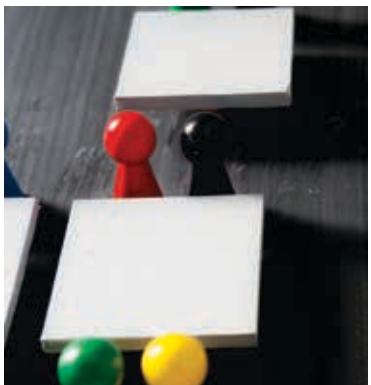
Doch die Entwicklung bleibt nicht stehen, schon gar nicht an den Schulen. Neue technische Standards sind gefragt, auch im Unterricht selbst, Stichwort „Smart Boards“. Außerdem ist die Mensa für den umfangreichen Ganztagsbetrieb viel zu klein geworden, auch wenn in mehreren Schichten gespeist wird. Es muss also ausgebaut werden. Und das kostet natürlich Zeit und Geld und fordert dem neuen Schulträger einiges ab.

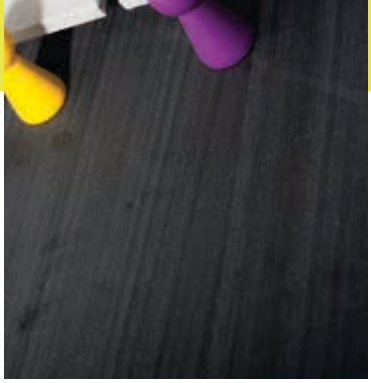
Perspektiven? Perspektiven!

In zwei Jahren kommt die gymnasiale Oberstufe hinzu, dann wird es noch einmal besonders spannend. Wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ausreichen? Aus heutiger Sicht ist nicht mit Kapazitätsproblemen zu rechnen, die notwendige Zahl von 52 Schülern wird mit hoher Sicherheit auch aus eigener Kraft – immerhin ist die Schule vierzügig – möglich sein. Aber es ist natürlich bei der zunehmenden Vernetzung der Bildungsangebote sinnvoll, über den eigenen Tellerrand hinauszudenken.

So könnte die gymnasiale Oberstufe der IGS Selters auch ein interessantes weiterführendes Angebot für Absolventinnen und Absolventen umliegender Realschulen plus werden. Gerade im Zuge der demografischen Entwicklung wird es immer mehr zu Kooperationen und Anschlussverbindungen zwischen den Schulen kommen, Einzelschulen werden es schwerer haben. Entsprechend modern ist man in der Schulleitung der IGS Selters schon jetzt ausgerichtet.

Die IGS Selters zeigt beispielhaft, wie die pädagogischen Errungenschaften aus der Grundschule konsequent und altersgerecht in der Sekundarstufe I fortgesetzt werden können. Eigentlich ist das gar nichts Besonderes, denn die wesentlichen pädagogischen Innovationen unseres Schulsystems sind im Ansatz in der Grundschule entstanden. Vielen Kolleginnen und Kollegen anderer Schularten ist das nur nicht so bewusst.





Das Leitungsteam der IGS Selters (von links): Direktor Michael Nell, Ganztagskoordinatorin Anne Benkwitz; Holger Wick, pädagogischer Koordinator für die Sekundarstufe I; Claudia Schaub, didaktische Koordinatorin, und Natascha Delgado, Pädagogische Koordinatorin für die Orientierungsstufe

Teamwork

Doch zum Erfolg einer Schule wie der IGS Selters gehört mehr. Und das ist im Gespräch mit den Mitgliedern der erweiterten Schulleitung spürbar. Letztlich ist dieser Erfolg dem Teamgedanken geschuldet, der ganz offensichtlich in die Arbeit des Kollegiums quasi eingewirkt ist. Natürlich gibt es Konflikte; aber durch sie wird nicht das Ganze infrage gestellt. Jedes Mitglied der Schulleitung hat seine Aufgabe und wird darin von den Kolleginnen und Kollegen fachlich (und vermutlich auch persönlich) respektiert.

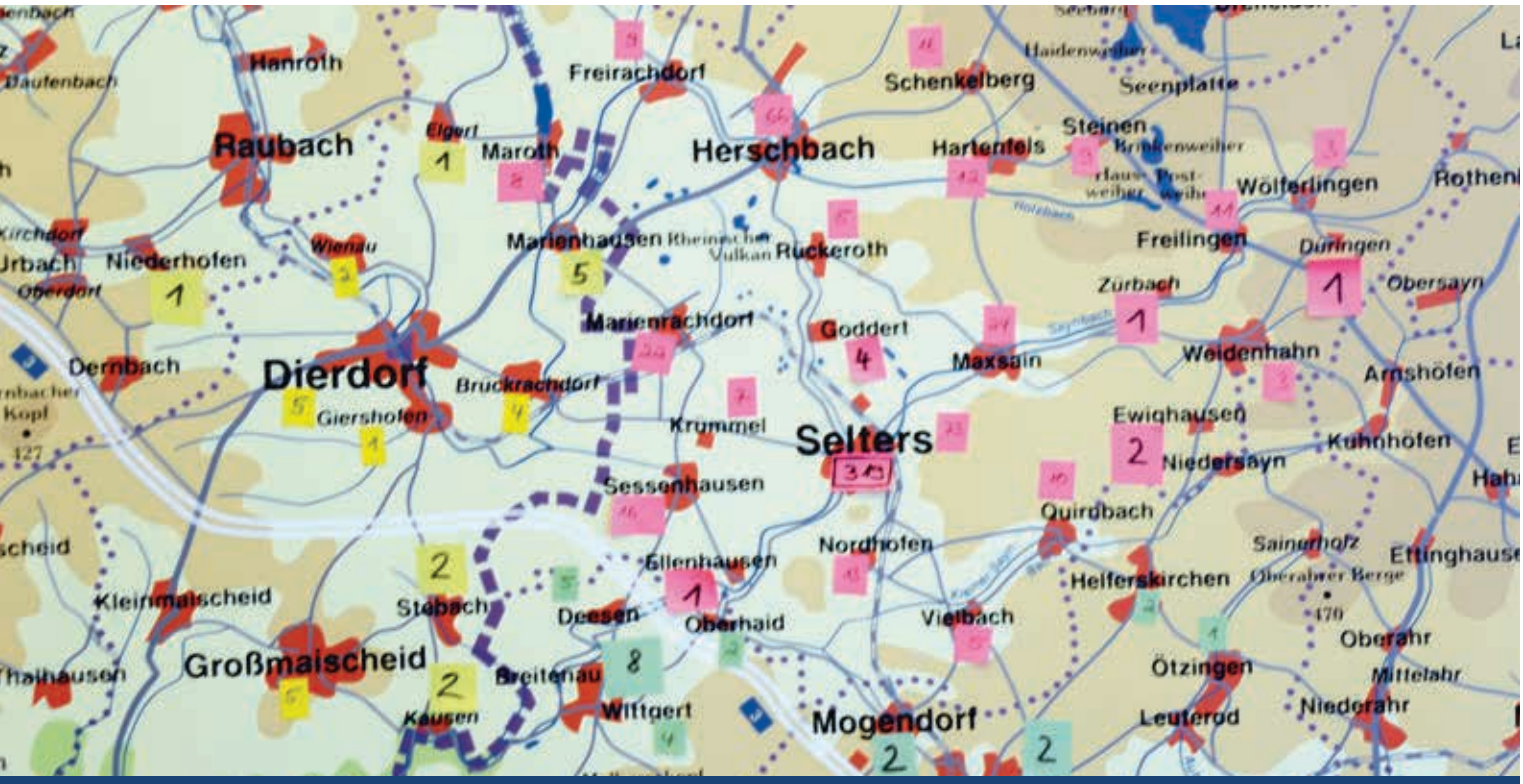
Das merkt man übrigens, wenn z. B. der Schulleiter während des Gesprächs einmal zur Teilnahme an einer Lehrprobe den Raum verlassen muss. Dann raunt einer der Anwesenden: „Der Chef ist jetzt mal draußen, da kann man es sagen: Vieles von dem, was an dieser Schule gut läuft, ist sein Verdienst.“ Dieser Chef selbst, er würde wohl antworten: „Ohne unser Team, da bin ich so gut wie nichts.“ Und da hat er vermutlich recht. Was zugleich deutlich macht, warum die IGS Selters eine gute Zukunft hat.

■ *br*

Nota bene

Wer sich genauer über das pädagogische Programm der IGS Selters informieren will, findet viele detaillierte Angaben auf der Website der Schule (u. a. zur Organisation des Ganztagsangebots, zur Kooperation mit außerschulischen Angeboten, zum Schulleben und zur Differenzierung):

www.igs-selters.de



Das Einzugsgebiet der IGS Selters

Die IGS – einmal kein pädagogischer Beitrag

Hans-Jörg Duppré

Von Hans Jörg Duppré, Vorsitzender des Landkreistages Rheinland-Pfalz, Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat des Südwestpfalzkreises.

Eine den individuellen Leistungen entsprechende Differenzierung in verschiedenen Fächern und damit eine diesen Fähigkeiten entsprechende individuelle Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler war einer der Grundgedanken der Integrierten Gesamtschule. Ob die integrative Form der Schule – inzwischen steht die Weiterentwicklung zur inklusiven Beschulung an – die bestmögliche Förderung darstellt, war lange Jahre sehr umkämpft. Aus Sicht eines Landkreises, der besondere Verantwortung in der Funktion als Schulträger für die weiterführenden Schulen und die Schülerbeförderung trägt, stehen anders gelagerte Fragestellungen im Vordergrund. Im Rahmen der Daseinsvorsorge für seine Bürgerinnen und Bürger ist es Ziel für den Landkreis, jeden allgemeinbildenden Schulabschluss im Kreis in vertretbarer Entfernung zu ermöglichen.

In Zeiten der geburtenstarken Jahrgänge war die Schaffung ausreichender schulischer Kapazitäten die Herausforderung. Jetzt, da sich der demografische Wandel in Form zurückgehender Schülerzahlen bemerkbar macht, sind die Probleme andere. Neben der demografischen Entwicklung müssen aber auch weitere Rahmenbedingungen, die sich ändern, berücksichtigt werden. Für die Landkreise als Schulträger ist dabei die maßgebliche Berücksichtigung des Elternwillens unabhängig von Schullaufbahnempfehlungen an erster Stelle zu nennen.

Dabei war in den letzten Jahren zu beobachten, dass die Hauptschule immer weniger als weiterführende Schule bei Eltern und Schülern gewählt wurde. Die Interpretation, dass in einem gegliederten Schulsystem die Schulart, die den niedrigsten Bildungsabschluss anbietet, immer weniger gewünscht wird, ist sicher naheliegend. Folgerichtig wurde die Hauptschule als eigene Schulart abgeschafft und mit der Realschule zur Realschule plus verschmolzen. In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass eine weitere Ausdifferenzierung der Schulen über die Entwicklung eigener Profile die Planung für die Schulen in eigener Trägerschaft erschwert.

Schließlich kann auch an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Landkreise als Schulträger und Träger der Schülerbeförderung Handlungsoptionen begrenzen und effektiven Ressourceneinsatz erfordern. Effektiver Ressourceneinsatz aus Sicht eines Schulträgers fordert gerade im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen eine gewisse Größe, ohne dass an dieser Stelle konkrete Mindestgrößen für diesen Bereich genannt werden sollen.

Insofern trifft sich dieser Ansatz aus Sicht eines Schulträgers, der nicht nur die Gebäude, sondern auch den Bereich der Schulsekretärinnen und Hausmeister abdecken muss, mit der pädagogischen Forderung von Mindestzügigkeiten im Bereich der weiterführenden Schulen. Während die Pädagogik vor der Herausforderung eines differenzierten, auch leistungsmäßig differenzierten Angebots in weiterführenden Schulen eine gewisse Zügigkeit als Voraussetzung sieht, ist dies auch für den Schulträger im Sinne eines effektiven Ressourceneinsatzes eine Notwendigkeit.

Da Schule aber gerade im ländlichen Raum bei zurückgehender Bevölkerung immer auch ein wesentlicher Standortfaktor für die Attraktivität der Sitzgemeinden darstellt, ist aus Sicht der Kreise als Träger der Schülerbeförderung zwar eine gewisse Konzentration der Schulstandorte sinnvoll, aber auch eine gleichmäßige Verteilung der Schulstandorte im Kreis selbst wünschenswert. Theoretisch wird damit auch die Lenkung von Schülerströmen Thema auf der Agenda des Schulträgers und des Trägers der Schülerbeförderung. Denkbares Instrument zur Lenkung der Schülerströme wäre aus Sicht der Kreise die Schulentwicklungsplanung.

Mit einer Schulentwicklungsplanung könnten die Kreise zumindest mittelfristig eine vernünftige Aufteilung der Räume im Kreisgebiet und damit auch die künftigen Schulstandorte festlegen. Wer in den nächsten zehn Jahren im Kreis zu einer weiterführenden Schule gehen wird, kann auch unter Berücksichtigung von Wanderungsbewegungen bereits heute relativ gut vorhergesagt werden. Insofern wären auch Aussagen über künftige Schulstandorte unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der Schülerbeförderung und der sinnvollen Schulgrößen möglich. Das System krankt jedoch daran, dass die Schulentwicklungsplanung unverbindlich ist.

Auch das Land lässt sich bei seinen Standortentscheidungen durch eine solche kommunale Planung nicht binden. An dieser Stelle muss ergänzend darauf hingewiesen werden, dass es – wie bereits eingangs erwähnt – weitgehend dem Elternwillen überlassen bleibt, welche Schulart und wo die Kinder künftig eine Schule besuchen. Auch von daher ist eine Steuerung nur begrenzt möglich.

Berücksichtigt man ferner, dass das Land inzwischen ein Papier vorgelegt hat, das erstmals systematisch die Frage des Umgangs mit kleinen Realschulen plus aufarbeitet, könnte sich eine Entwicklung andeuten, die die Schullandschaft nachhaltig verändert. Integrative Schulsysteme brauchen wegen des notwendigen differenzierten Angebots eine gewisse Mindestgröße. Für Realschulen plus liegt diese grundsätzlich bei der Dreizügigkeit. In vielen Realschulen plus wird diese Zügigkeit jedoch nicht mehr erreicht. Ganz anders stellt sich der Zulauf bei Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen dar. Bereits eingangs wurde darauf hingewiesen, dass bei den Hauptschulen im Wege der „Abstimmung mit den Füßen“ der Weg von der Hauptschule zur Realschule plus vorgezeichnet war. Insofern sehen wir daher derzeit eine Entwicklung, die damit enden könnte, dass neben dem Gymnasium nur noch die Integrierte Gesamtschule als eigenständige Schulart angeboten werden kann.

Kontakt: www.landkreistag.rlp.de

Lernen und Inklusion einer IGS

Das Beispiel der IGS Anna Seghers in Mainz

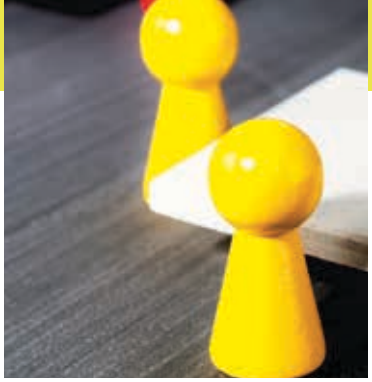
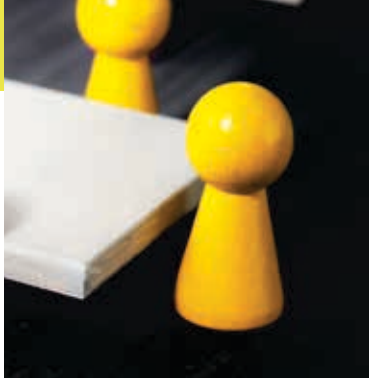
Unsere Schülerinnen und Schüler haben unseren Neubau zu Beginn dieses Schuljahres schnell vollkommen in Beschlag genommen, und er ist nicht mehr aus dem Alltag wegzudenken. Er beherbergt die jeweils 4-zügigen Klassenstufen 5 bis 10, viele Differenzierungsräume und -nischen, sowie 6 Funktionsräume. Den frischen Wind in diesem Gebäude symbolisiert die Kunst am Bau, eine Projektionsfläche in Form von aufgewirbelten weißen Blättern, auf denen Schüler ihre Texte per Beamer veröffentlichen können.

Eine Schule, die eine bewegte Geschichte hinter sich hat, vom Beginn im Sommer 1991 als Übergangslösung und Dependance, über die Selbstständigkeit und die Namensgebung „Anna Seghers“ und den ersten Abiturjahrgang im Frühjahr 2013, um nur die wichtigsten Eckpfeiler zu nennen.

Was ist das Besondere der IGS und was macht sie wertvoll im Zusammenspiel mit anderen Schulen? Wichtig ist sicherlich, dass die IGS eine Schule für alle Schüler ist, in der die äußere Schulgliederung aufgehoben ist. In einer Klasse befinden sich grundsätzlich Schülerinnen und Schüler mit sehr heterogenen Lernvoraussetzungen. Die Leitidee ist, dass Mädchen und Jungen, die unsere IGS besuchen, auf die verschiedenen Herausforderungen des Lebens vorbereitet werden. Hiermit ist nicht nur die Wissensvermittlung oder der Erwerb von Lerntechniken gemeint, sondern die Teamfähigkeit, die Selbstständigkeit und die Entwicklung zu einem eigenverantwortlichen Menschen.

Von Anfang an bedeutet dies, dass Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen selbstverständlicher Teil jeder Klasse sind. Manche dieser Kinder und Jugendlichen benötigen besondere Unterstützung beim Lernen, aber oft profitieren auch andere Mädchen und Jungen von dieser zusätzlichen Förderung. Im Laufe ihres Schullebens zeigen sich gelegentlich Schwierigkeiten, die dank enger Begleitung aufgefangen und abgeschwächt werden können.

Alle Lehrerinnen und Lehrer, die an einer IGS arbeiten, sind sich der Heterogenität der Schülerschaft bewusst und zeigen ihre Bereitschaft zu differenzieren. Die organisatorischen Bedingungen erleichtern dies, indem jede Klassenleitung aus 2 Tutorinnen oder Tutoren besteht. In vielen Unterrichtsstunden arbeiten die beiden Tutoren zusammen. Zudem verfügt unsere IGS über einen Pool von 6 Förderschullehrerinnen und einer Pädagogischen Fachkraft, die meist jahrgangsweise zugeordnet sind.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die IGS Anna Seghers im Mainzer Stadtgebiet liegt und eine sehr heterogene Schülerschaft anspricht. Der Anteil an Mädchen und Jungen ist ungefähr gleich groß, die Herkunftsländer der Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern ist ausgesprochen vielfältig. Insgesamt besuchen rund 900 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unsere Schule. Sie werden von ca. 100 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet.

Vor allem in den unteren Klassen wird das Ganztagsangebot rege genutzt. Die IGS Anna Seghers ist eine Ganztagsschule in offener Form, d. h. in jeder Klasse gibt es einige Schüler, die bis zum Nachmittag ihre Zeit in der Schule verbringen, in der Lernzeit und in den sich daran anschließenden Arbeitsgemeinschaften. Das Schulessen wird übrigens frisch zubereitet von dem Team der GPE, der Gesellschaft für psychosoziale Einrichtungen.

Zum Schulprofil gehört, dass zum einen der musisch-kreativ-künstlerische Bereich betont wird und zum anderen der mathematisch-naturwissenschaftliche Bereich. Viele weitere Informationen können auf der Schulhomepage www.igsas.de nachgelesen werden.

Neubau – 2 Tutoren – Förderlehrkräfte – Differenzierungsräume – ideale Bedingungen, von denen viele Kolleginnen und Kollegen an anderen Schulen nur träumen können. Ja, und trotzdem liegt der Teufel im Detail, denn trotz eines exquisiten Förderkonzepts mit vielen Ideen zur Umsetzung der Inklusion gibt es kein allgemein gültiges Patentrezept für die tägliche Praxis. Es ist viel Absprache nötig, die Zeit ist immer zu knapp; die Herausforderungen für Regellehrerinnen und -lehrer sowie für Förderlehrerinnen sind sehr groß, und es gelingt nicht immer, die Pädagogik optimal auf die individuellen Lernbedürfnisse der Schüler auszurichten. Dazu muss auch gesagt werden, dass nicht immer für jede Förderschülerin oder jeden Förderschüler eine Klassensituation mit einer Gruppe von 27 Mitschülern optimal geeignet ist.

Anne Blondiau

Dennoch haben wir an unserer IGS eine hohe Quote an Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf, die ihren Förderstatus aufgeben können, um den Abschluss der Berufsreife zu erlangen.

Dazu passt doch, dass eben erst der Spatenstich zu einem weiteren Neubau stattgefunden hat – ein neues Verwaltungsgebäude und eine große Mensa (bisher in einem Teil der zu kleinen Sporthalle) entstehen. Eine Baustelle und viel Spielraum für Entwicklung, im Herzen unserer IGS und zum Wohl unserer Schülerinnen und Schüler!

Anne Blondiau
anne_blondiau@gmx.de

Stellenausschreibung

Der VBE Rheinland-Pfalz sucht zum 01. Januar 2014 oder später

eine Referentin / einen Referenten für Mitgliederentwicklung

Das Aufgabengebiet erstreckt sich auf die Information und Betreuung der VBE-Mitglieder. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit liegt bei der Vorbereitung und Durchführung von Werbeveranstaltungen an Hochschulen, Seminaren und Schulen. Darüber hinaus gehört zum Tätigkeitsfeld die Vorbereitung und Begleitung von Tagungen und Veranstaltungen.

Wir wünschen uns zur Besetzung dieser Stelle eine Persönlichkeit, die möglichst über Erfahrungen in einem pädagogischen Beruf verfügt, Freude an der Kommunikation hat und begeisterungsfähig im Umgang mit Menschen ist. Zusätzliche Kompetenzen im Bereich des Marketings und der Werbung wären in dieser abwechslungsreichen Tätigkeit von Vorteil.

Die Bewerberin / der Bewerber sollte zeitlich flexibel arbeiten können und die Bereitschaft zum Engagement haben. Eine selbstständige Arbeitsweise mit hoher Eigeninitiative setzen wir voraus.

Wir bieten eine Tätigkeit, die im Rahmen der terminlichen Vorgaben weitgehend eigenständig strukturiert werden kann. Sie erstreckt sich auf das Land Rheinland-Pfalz. Ein Dienstfahrzeug steht zur Verfügung. Die Stelle ist in die VBE-Landesgeschäftsstelle eingegliedert, Dienstort ist Mainz.

Die zu besetzende Stelle wird unbefristet vergeben. Sie ist in 1/2-Teilzeit ausgewiesen, die Vertragsgestaltung erfolgt in Anlehnung an den TV-L.

Bewerbungen werden selbstverständlich vertraulich behandelt. Sie sind bis zum 30. November 2013 zu richten an:

VBE Rheinland-Pfalz
Landesgeschäftsstelle
Adam-Karrillon-Straße 62
55118 Mainz

Ralf Poth

Gute Lehrerversorgung?

Der Bezirkspersonalrat der Lehrkräfte an Integrierten Gesamtschulen (BPR IGS) befasst sich mit allen mitbestimmungsrelevanten Fragen, die das Personal betreffen. Hier kommen auch schon mal knifflige Themen zur Sprache. Die RpS-Redaktion sprach mit Ralf Poth, der für den VBE im BPR IGS die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertritt.

Nun, der BPR IGS „sitzt“ nicht nur bei der ADD in Trier, sondern hält seine Sitzungen in regelmäßigem Wechsel auch in den Außenstellen in Koblenz und Neustadt/Weinstraße ab. Dies ist deshalb nötig und sinnvoll, um Anliegen, Probleme etc. direkt vor Ort mit den zuständigen Referatsleitern besprechen zu können.

Arbeitsschwerpunkte, bei denen der BPR die „Wächterfunktion“ ausübt, sind z. B.:

- Neueinstellungen
- Festsetzung der Entgeltgruppe und -stufe bei tarifbeschäftigten Lehrkräften nach TV-L
- Versetzungen und Abordnungen
- Vertretungsverträge
- Teilnahme an Auswahl- und Einstellungsgesprächen
- Begleitung von Funktionsstellenverfahren

Aber auch Anfragen, Probleme und Beschwerden von Kolleginnen und Kollegen bilden einen nicht zu unterschätzenden Arbeitsschwerpunkt.

Apropos Personalentwicklung: Kann man mit der Lehrerversorgung an den Integrierten Gesamtschulen zufrieden sein?

Im Großen und Ganzen ja. Es gibt in Einzelfällen jedoch Defizite in der Personalzuweisung; ein Minus „mit einer 4 vor dem Komma“ widerspricht absolut einer guten pädagogischen Versorgung. Diese Schulen bzw. Problemfälle werden vom BPR konkret beim regelmäßigen Austausch mit der Dienststelle angesprochen.

Gibt es im BPR IGS besondere Problemlagen, die andere Bezirkspersonalräte nicht kennen?

Da fast alle IGS Schwerpunktschulen sind, liegt ein Hauptaugenmerk auf der Versorgung mit Förderlehrkräften. Hier sieht der BPR IGS das Problem, dass eine adäquate Versorgung in vielen Fällen nicht gewährleistet ist; allerdings gibt es starke regionale Unterschiede. Eine angemessene Förderlehrerzuweisung zu erreichen, heißt für den BPR IGS: noch genauer hinsehen und entsprechend handeln.

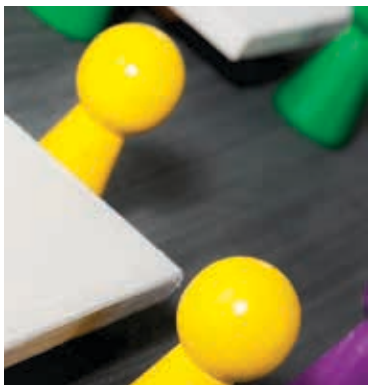
Ist die Angleichung oder Gleichstellung der Kolleginnen und Kollegen mit unterschiedlichen Lehrämtern ein Thema?

Nein. Jedenfalls kann ich mich nicht daran erinnern, dass wir dies schon einmal im Gremium thematisiert hatten. Das ist ein Aspekt, der viele Kollegien beschäftigt und daher auch im BPR IGS mehr Aufmerksamkeit verdient hätte.

Was wünschen Sie sich von den Kolleginnen und Kollegen, die an den BPR IGS herantreten?

Dass sich die Kolleginnen und Kollegen mit ihrem Anliegen offen und zeitnah an den BPR IGS wenden. Das bedeutet auch, dass wir auf detaillierte Informationen angewiesen sind, um uns einer Angelegenheit gewissenhaft annehmen zu können.

■ *Für das Interview bedankt sich Hjalmar Brandt*



VBE Verband Bildung und Erziehung Landesverband Rheinland-Pfalz

www.recht-fuer-lehrer.de
Rechtsfälle aus dem Berufsleben

Nebenverdienst nach Pensionierung

Die Frage bzw. das Problem:
Am 01.08.2013 bin ich pensioniert worden und habe einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb, dessen Gewinn ich der OFD mitteilen soll. In welcher Höhe darf ich jährlich hinzuverdienen, ohne Abzüge an der Pension zu haben?

Die Antwort:
Bezieht ein Versorgungsberechtigter Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen, erhält er daneben seine Versorgungsbezüge nur bis zum Erreichen der Höchstgrenze. Nach Erreichen der Altersgrenze wird nur Einkommen, das im öffentlichen Dienst erzielt wird, angerechnet. Der Umfang des anzurechnenden Einkommens richtet sich nach der Art der Tätigkeit.

Der Einkommensbegriff in der Beamtenversorgung entspricht nicht dem Einkommensbegriff im Steuerrecht. Zum Erwerbseinkommen zählen:

- Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit einschließlich der Abfindungen,
- Einkünfte aus selbstständiger Arbeit,
- Gewerbebetrieb und
- Land- und Forstwirtschaft.

Sie führen einen landwirtschaftlichen Nebenbetrieb, also ist die letzte Alternative für Sie einschlägig.

Die Höchstgrenze für Ruhestandsbeamte (außer Schwerbehinderte und Dienstunfähige unter der Regelaltersgrenze) sind die ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der jeweils erreichten Besoldungsgruppe. Die Mindestkürzungsgrenze ist der Betrag des Eineinhalbfachen der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4.

Zur Höchstgrenze wird der jeweils zustehende Unterschiedsbetrag sowie ein Betrag in Höhe von monatlich 400 Euro zuzüglich des Zweifachen dieses Betrages innerhalb eines Kalenderjahres hinzugerechnet.

Zur besseren Veranschaulichung hier ein Beispiel:

Kostenfrei für VBE-Mitglieder

Alles, was Recht ist ...

... das VBE-Rechtsberatungsangebot:
direkt, kompetent, umfassend!
Der VBE Rheinland-Pfalz bietet seinen Mitgliedern ein umfassendes Berufs- und Rechtsberatungsangebot.
Schwerpunkte sind u. a.:

- Verwaltungs- und Dienstrecht
- Beamten- und Tarifrecht
- Schul- und Personalvertretungsrecht
- Beihilferecht / Altersteilzeit / Pensionsberechnung

Der schnellste Weg zur VBE-Rechtsberatung führt
über die spezielle VBE-Website
www.recht-fuer-lehrer.de
per E-Mail an recht@vbe-rp.de
oder telefonisch über die VBE-Landesgeschäftsstelle (0 61 31 / 61 64 22).
Feste Telefonberatungszeiten:
dienstags und donnerstags 16:00–18:00 Uhr

Direkte Telefondurchwahl
0 61 31 / 36 60 35

Mehr Infos unter

Rechtsfrage des Monats

Das Dienst- und Beamtenrecht ist für viele mit seinen vielfältigen Bestimmungen ein Buch mit sieben Siegeln. Viele Regelungen sind auch eingefleischten Kennern der Materie kaum bekannt. In der RpS werden monatlich einfache Fragen aus dem Beamten- und Dienstrecht aufgeworfen und mit einem kleinen Rätsel verbunden – das informiert und macht Spaß.

Wie werden „Feuerwehrlehrkräfte“ an den Grundschulen beschäftigt:
(a) als Beamte?
(b) als befristete Teilzeitkräfte?
(c) zunächst in 3/4-Teilzeit mit der Zusage auf eine Planstelle nach einem Jahr?

Die Antwort findet sich auf Seite 26.

Ruhestandsbeamter bei Erreichen der Höchstgrenze:
Ein lediger Ruhestandsbeamter bezieht monatlich Einkünfte aus einer nichtselbstständigen Tätigkeit.
Höchstgrenze (ruhegehaltsfähige Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe): 2.989,67 Euro.
Tatsächliches Ruhegehalt des Beamten: 2.020,59 Euro.
Einkommen: 1.500,00 Euro.
Gesamteinkommen: 3.520,59 Euro.
Das Gesamteinkommen übersteigt die Höchstgrenze um 530,92 Euro.
Ruhegehalt: 2.020,59 Euro
abzüglich des übersteigenden Betrags (530,92 Euro) ist gleich.
Zahlbetrag des Ruhegehalts: 1.489,67 Euro.
So können Sie sich das auch für sich selbst ausrechnen, oder ich kann Ihnen dabei behilflich sein! Sie können sich hierfür gerne an mich wenden.

§§ Vertretungsvertrag endet vor den Ferien

Die Frage bzw. das Problem:
Nach dem Referendariat bekam ich einen Vertretungsvertrag an einer GS. Dieser wird nächstes Jahr vor den Ferien enden. Es wurde mir in Aussicht gestellt, dass ich nach den Ferien an derselben Schule wieder einen Vertrag erhalten werde. Aber wie soll ich finanziell über die Ferien kommen? Kann ich Arbeitslosengeld oder „Hartz IV“ beantragen?

Die Antwort:
Um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben, müssten Sie in den letzten zwei Jahren vor Beginn der Arbeitslosigkeit mind. zwölf Monate in einem Versicherungspflichtverhältnis gestanden haben. Leider zählt die Zeit des Referendariats nicht dazu, da Sie als Beamtin auf Widerruf nicht versicherungspflichtig beschäftigt waren. Somit haben Sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.
Bei der Prüfung, ob ein Anspruch auf ALG II (Hartz IV) besteht, wird neben dem Einkommen auch eventuell vorhandenes Vermögen berücksichtigt. Häufig bekommen junge Lehrer/-innen ALG II, weil sie noch nicht über eigenes Vermögen verfügen. Ein Antrag kann sich für Sie also lohnen.

§§ Altersteilzeit

Die Frage bzw. das Problem:
Gibt es für mich noch ein Altersteilzeitmodell? Ich bin im Oktober 1954 geboren.

Die Antwort:
Sie können noch ATZ beantragen!
Es gibt bei der Altersteilzeit nach wie vor zwei Strukturmodelle: das Teilzeitmodell und das Blockmodell.
Beim Teilzeitmodell (auch konventionelles Modell genannt) ist in der gesamten Zeit die Hälfte des bisherigen Stundendeputats zu leisten.
Das Blockmodell umfasst die „Arbeitsphase“ bei vollem, bisherigem Deputat und die i. d. R. gleich lange Freistellungsphase. In beiden Phasen erhält der Beamte die Hälfte der ursprünglichen Besoldung.
Voraussetzungen für die Altersteilzeit:
Beamteten Lehrerinnen und Lehrern in Rheinland-Pfalz kann ATZ bewilligt werden, wenn sie

- am Beginn der ATZ das 55. Lebensjahr vollendet haben,
- in den letzten fünf Jahren vor der ATZ drei Jahre mindestens teilzeitbeschäftigt waren,
- im letzten Jahr vor Beginn der ATZ nicht beurlaubt waren.

Beendigung der Altersteilzeit:
Die ATZ endet in der Regel mit Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze.
Die ATZ kann auch über die Regelaltersgrenze hinaus beantragt werden, und zwar ausschließlich bis drei Jahren nach der gesetzlichen Altersgrenze.
Der Zeitraum einer ATZ im Teilzeitmodell (konventionelles Modell) muss mindestens ein Schuljahr, im Blockmodell mindestens zwei Schuljahre umfassen. Das passt bei Ihnen also auch.
Nur ATZ im Blockmodell wird bewilligt: Schulleiterinnen und Schulleitern, Seminarleiterinnen und Seminarleitern, deren Stellvertreter/-innen, Fachleiterinnen und Fachleitern sowie allen Teilzeitbeschäftigten.
Bitte beachten Sie:

- Die gesamte Zeit einer Altersteilzeit ist nur noch zu 50 % ruhegehaltsfähig.
- Ein Wechsel zwischen den ATZ-Modellen (Blockmodell – Teilzeitmodell) ist nicht möglich, außer bei begrenzter Dienstfähigkeit.
- Bei vorhergehender Teilzeitbeschäftigung ist die „bisherige Arbeitszeit“ – gemeint ist damit das letzte Schuljahr vor der ATZ –, höchstens jedoch die durchschnittliche Arbeitszeit der letzten beiden Schuljahre Berechnungsgrundlage für die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung während der Altersteilzeit.
- Ist eine vorzeitige Beendigung der ATZ wegen Dienstunfähigkeit erforderlich, werden eventuell zu wenig gezahlte Dienstbezüge (Blockmodell) nachgezahlt. Im Todesfall steht der Anspruch den Erben zu.

■ Zusammengestellt von RA‘in Nicole Koch

Lehrer im Netz:

Rheinland-Pfalz verbietet dienstlichen Facebook-Kontakt zu Schülern

Rheinland-Pfalz verbietet den Austausch zwischen Lehrern und Schülern auf Facebook. Zumindest in Bezug auf schulische Angelegenheiten. Privates bleibt hingegen privat – und damit erlaubt. Das Bildungsministerium hat die Schulen darüber informiert, dass der Kontakt zwischen Lehrern und Schülern über das Netzwerk Facebook in Rheinland-Pfalz offiziell tabu sei, so das Mainzer Bildungsministerium.

Jegliche schulische Angelegenheiten, wie Nachrichten über Noten, Fehlzeiten oder Organisatorisches, sind von nun an ebenso untersagt wie das Nutzen des Netzwerks als Lernplattform. Das Verbot hat laut dem rheinland-pfälzischen Datenschutzbeauftragten Edgar Wagner auch folgende Gründe: Der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schulen sei mit dem Geschäftsmodell von Facebook nicht zu vereinbaren. Genauer gesagt: mit der Auswertung persönlicher Daten für kommerzielle Zwecke.

Weiterhin erlaubt sind allerdings private Kontakte via Facebook. Schüler und Lehrer müssen sich daher nicht „entfreunden“, sie dürfen auch weiterhin gegenseitig ihre Statusmeldungen oder Urlaubsfotos „liken“.

Die Frage nach einem angemessen Umgang mit sozialen Netzwerken im Schulalltag beschäftigt die Bundesländer schon länger – und auch hier sind die Regelungen von Land zu Land unterschiedlich. Einige Länder erlassen dafür strenge Regeln, andere wollen von „Verbotskultur“ nichts wissen. Experten warnen vor diesem laxen Umgang.

Die Diskussion erneut angestoßen hatte Baden-Württemberg, wo es seit Kurzem strenge Richtlinien gibt. Die „Verwendung von sozialen Netzwerken für die dienstliche Verarbeitung personenbezogener Daten“ ist „generell verboten“, schreibt das Kultusministerium. Soll heißen: Lehrer dürfen sich beispielsweise nicht über Zeugnisnoten per Facebook austauschen oder sich die Telefonnummer eines Schülers schicken lassen – dieses würde den Datenschutz gefährden. Eine dienstliche Kommunikation von Lehrern mit Schülern, Eltern oder Kollegen über die sozialen Netzwerke ist aus datenschutzrechtlichen Gründen ebenfalls nicht erlaubt. Sobald ein Server außerhalb des europäischen Wirtschaftsraums stehe, könnten die hier gültigen Datenschutzstandards nicht gewährleistet werden.

■ *spiegel-online/RED*

„Es lohnt sich, das Referendariat durchzustehen“

Die haben eine Doppelrolle als Lernende und Lehrende, sind gleichzeitig Lehrkräfte mit voller Verantwortung und Neulinge, die bewertet und geprüft werden. „Referendare sitzen mehrfach zwischen den Stühlen“, sagt Frank Nix.

Der Realschullehrer ist seit zehn Jahren Seminarausbilder und Fachleiter für die Fächer Mathematik und Technik sowie Lehrbeauftragter an der Universität Duisburg-Essen. In seinem jetzt erschienen Buch „Referendariat kompakt“ (Cornelsen Scriptor) rät er den Lehramtsanwärtern, was sie berücksichtigen sollten, um im Referendariat „zu überleben“.

„Es besteht die Gefahr, dass die Referendare zwischen Schulalltag und Seminar aufgerieben werden“, weiß Sebastian Klasen, der während seines Referendariats Seminarsprecher war. Gleichzeitig empfand er diese Ausbildungs-Organisation auch als vorteilhaft. „Das Seminar liefert immer wieder Input, den man schnell in die Praxis umsetzt.“

Das Modell der Trennung zwischen der ersten Ausbildung, also dem Studium und der folgenden zweiten, schulpraktischen Ausbildung im Referendariat, hat in Deutschland Tradition. Allerdings sind Dauer und Ausgestaltung von Bundesland zu Bundesland verschieden. Während bayerischen Referendaren 24 Monate Zeit bleibt, dauert der Vorbereitungsdienst in Sachsen nur halb so lang: 12 Monate.

„Das Referendariat ist wirklich eine harte Zeit. Aber es lohnt sich, sie durchzustehen“, schreibt der Oldenburger Erziehungswissenschaftler Hilbert Meyer. Mehr über die Erfahrungen von zwei ehemaligen Referendaren und einem Ausbilder hier: www.bildungsklick.de/perspektivebildung

■ *RED*

„Aller Anfang ist (nicht) schwer!“ (Teil 4)

Kleiner Leitfaden für neu gewählte Personalratsmitglieder

Nachdem die Personalratswahlen ihren Abschluss gefunden haben, gibt es – vor allem für neu gewählte Personalräte – viele Fragen, was so alles auf sie zukommt und wie die künftige Personalratsarbeit funktioniert. Im Folgenden sollen nun in loser Reihenfolge wichtige Begriffe aus dem Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG), das ja die gesetzliche Grundlage bildet, erläutert werden. Die Redaktion würde sich freuen, wenn dies auf Interesse stößt; noch offene Fragen werden gerne nach Möglichkeit beantwortet.

§ 47 – 51 (LPersVG) Personalversammlung (PV):

Sie soll ein Forum bieten, wo ÖPR, Kollegium und Schulleitung miteinander diskutieren und besprechen können. Beschlüsse können zwar gefasst werden, rechtliche Möglichkeiten zur Durchsetzung bestehen aber nicht. Für die Meinungsbildung des ÖPR sind solche Versammlungen zur Eigenjustierung sehr wichtig, um nicht die Bodenhaftung zu verlieren. Erwähnt werden sollte, dass der ÖPR nicht an ein evtl. gefasstes Votum einer PV gebunden ist.

Teilnehmer/-innen:

Die PV besteht aus den Beschäftigten einer Schule sowie ihrer u. U. zugeordneten Schulen. Die Beschäftigten können teilnehmen, es gibt aber keine Teilnahmepflicht. Die Teilnahme hat übrigens keine Minderung der Dienstbezüge oder des Arbeitsentgelts zur Folge.

Auch Beauftragte der in der Schule vertretenen Gewerkschaften haben ein Teilnahmerecht mit beratender Stimme, ebenso Beauftragte der Schwerbehindertenvertretung sowie Beauftragte von HPR und BPR. Deshalb hat der ÖPR den hiergenannten nach § 51 (2) Satz 3 die Einberufung einer Personalversammlung rechtzeitig unter Übersendung der Tagesordnung und Angabe von Versammlungsort und -zeit mitzuteilen. Die Gewerkschaften bestimmen selbst, wer an der PV teilnimmt.

Die Schulleitung ist unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig einzuladen. Sie ist nicht zur Teilnahme verpflichtet; sie muss zumindest anwesend sein, um den Lagebericht nach § 48 (2) zu erstatten. Dieser Lagebericht muss vorher mit dem ÖPR erörtert werden. Die Schulleitung besitzt Rederecht, aber kein Abstimmungsrecht.

Einladung/Zeitpunkt:

Zu beachten ist, dass nur der ÖPR nach entsprechender Beschlussfassung eine PV einberufen kann. Auf Wunsch der Schulleitung oder eines Viertels der Beschäftigten ist aber der Personalrat nach § 48 (3) verpflichtet, innerhalb von 20 Werktagen eine Personalversammlung einzuberufen und den beantragten Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung zu setzen. Auch die in der Schule vertretenen Gewerkschaften können nach § 48 (4) einen Antrag auf Einberufung einer Personalversammlung innerhalb von 20 Werktagen stellen. Dies geht aber nur, wenn im vorhergegangenen Kalenderjahr keine Personalversammlung stattgefunden hat bzw. keine für das kommende Vierteljahr geplant ist. Personalversammlungen finden in der Arbeitszeit statt. Für Schulen bedeutet dies nicht zwingend einen Zeitpunkt

Schulligen Reisen

SCHULREISEPROGRAMM 2014

„Klassenreisen ohne Mindestbeteiligung„

5 Tage Gardasee 4 x HP, verschiedene Rundfahrten
12.05.–16.05.2014, 19.05.–23.05.2014, 02.06.–06.06.2014 u. a. ab 243,- €

5 Tage Provence, 4 x HP, Stadtführung Avignon und Rundfahrten
12.05.–16.05.2014, 19.05.–23.05.2014, 02.06.–06.06.2014 u. a. ab 292,- €

4 Tage München – „Weltstadt mit Herz“, 3 x HP; Stadtführung
13.05.–16.05.2014, 20.05.–23.05.2014, 03.06.–06.06.2014 u. a. ab 196,- €

5 Tage Berlin – „Weltstadt mit Herz“, 4 x HP; Stadtführung
12.05.–16.05.2014, 19.05.–23.05.2014, 02.06.–06.06.2014 u. a. ab 238,- €

Fordern Sie unser ausführliches Schulreiseprogramm 2014 an!
Wir planen Ihren Schulausflug: Tages- und Musicalfahrten;
Reisen nach England mit und ohne Übernachtungsmöglichkeiten.

66679 Losheim am See
T: 0 6872 / 92 28 10, 92 28 15
Fax: 0 6872/ 92 28 28
E-Mail: info@schulligen-reisen.de
www.schulligen-reisen.de
www.kirsch-reisen.de

während der Unterrichtszeit. Grundsätzlich sollte aber die Personalversammlung in einer Zeit stattfinden, der einen möglichst geringen Unterrichtsausfall hervorruft. Der ÖPR entscheidet letztlich, sollte aber nicht vergessen, die Schulleitung rechtzeitig zu informieren. Diese braucht die Personalversammlung weder zu genehmigen noch kann sie diese verbieten. Der ÖPR sollte aber bedenken, keine Fakten zu schaffen, die die Schulleitung nicht mehr in die Lage versetzen, ihrerseits Vorkehrungen zu treffen. § 49 (1) spricht von zwingenden dienstlichen Verhältnissen, die u. U. eine andere Regelung erfordern.

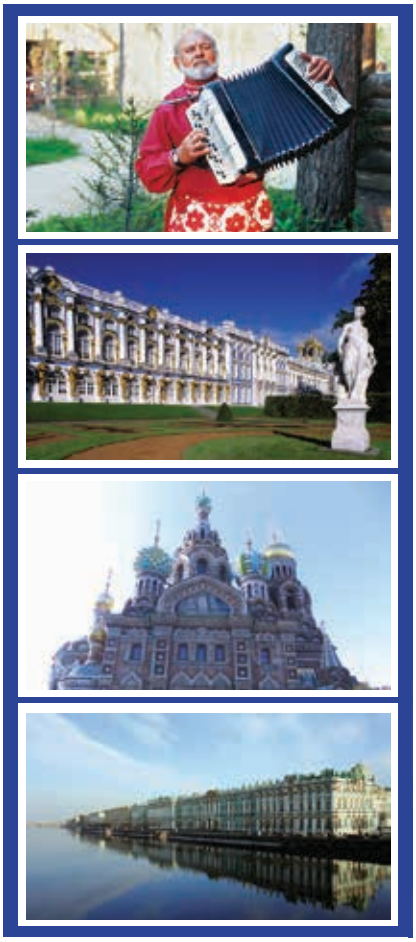
Mindestens einmal in jedem Kalenderjahr findet nach § 48 (2) eine PV statt. Weitere können einberufen werden, wenn ein besonderer Grund dafür vorliegt. Sie gelten dann als außerordentliche PV.

Ablauf:
Die PV wird von dem/der Vorsitzenden nach § 47 (1) geleitet. Durch ihn/sie wird eine Tagesordnung erstellt, die aber von den Teilnehmer(inne)n ergänzt werden kann. Da es sich um keine öffentliche Veranstaltung handelt, haben andere Personen als die hier Genannten keinen Zutritt, zudem besitzt der ÖPR während der PV das Hausrecht. Politische Äußerungen sind nicht statthaft, ebenso nicht die Mitteilung von Angelegenheiten, die im Rahmen der Personalratsarbeit der Verschwiegenheit unterliegen.

Der Personalrat erstattet nach § 48 (1) einen Bericht über seine Tätigkeit. Dies gilt auch für die Schulleitung, die über die Aufgabenentwicklung der Schule, über die Personalentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Maßnahmen, die der Gleichstellung von Frau und Mann dienen, über die Situation der schwerbehinderten Beschäftigten sowie über die Arbeitsweise der Schule unter besonderer Berücksichtigung der technologischen Entwicklung Bericht zu erstatten hat“, wie es im § 48 (2) heißt. Themen für eine PV können alle Angelegenheiten sein, die eine Schule betreffen, wie z. B. Tarif-, Besoldungs- oder Sozialangelegenheiten, Fragen der Gleichstellung. Die PV kann nach § 50 (1) dem ÖPR Anträge unterbreiten und zu seinen Beschlüssen Stellung nehmen.

Wichtig nach § 50 (2) und (3) ist, dass niemand für gemachte Äußerungen in der PV benachteiligt oder disziplinarischen Maßnahmen unterworfen werden darf, es sei denn, dass gröblich gegen dienstliche Pflichten verstoßen worden ist. Das Verbot parteipolitischer Betätigung ist zu beachten.

■ *Zusammengestellt von Johannes Müller*



Unsere einmalige Kombination aus einem touristischen- und pädagogischen Fachprogramm für Mitglieder, Familienangehörige und Freunde!
Die Ausschreibung sowie das Anmeldeformular erhalten Sie in den nächsten Tagen als Rundschreiben!

Wir freuen uns auf Sie!

Ihr VBE
VBE - Landesverband Rheinland-Pfalz

RDB®
REISEDIENSTBARTSCH GMBH

Demografiecheck: Der Anteil älterer Menschen steigt

In Rheinland-Pfalz werden alle neuen Landesgesetze und Landesverordnungen einem sogenannten „Demografie-Check“ unterzogen. Dabei prüft die Landesregierung, ob der demografische Wandel und seine Auswirkungen bei den neuen Regelungen in angemessener Form berücksichtigt werden.
Ein von allen Fachministerien gemeinsam erarbeiteter Kriterienkatalog zielt darauf ab,

- zu überprüfen, ob Gesetz- und Verordnungsentwürfe die Bevölkerungs- und Altersentwicklung berücksichtigen,
- die Auswirkungen der neuen Rechtsetzung auf die demografische Entwicklung und deren Auswirkungen zu erkennen und
- dem Gedanken Rechnung zu tragen, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung den demografischen Wandel positiv gestalten möchte.

Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in Rheinland-Pfalz in Zahlen

In seiner 3. Bevölkerungsvorausberechnung für Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 2012 hat das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz folgende Hauptentwicklungen vorausberechnet:

- Der Anteil der älteren Menschen in der Bevölkerung steigt: Im Jahr 2010 war die Hälfte der Menschen in Rheinland-Pfalz älter als 44 Jahre (Medianalter), 2030 würde sie den Vorausberechnungen nach voraussichtlich älter als 49 Jahre und 2060 älter als 51 Jahre sein. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung würde bis 2030 von heute 20,6 % auf voraussichtlich 28,7 % steigen (bis 2060 auf 33,7 %). Besonders stark würde der Anteil der über 80-Jährigen zunehmen; von heute 5,6 % auf 8,2 % im Jahr 2030 und 14,5 % im Jahr 2060.
- Der Anteil von Kindern, Jugendlichen sowie Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter an der Bevölkerung sinkt: Der Anteil der unter 20-Jährigen würde laut Vorausberechnung bis 2030 von heute 19,1 % auf 16,7 % zurückgehen, bis 2060 auf 15,4%. Der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter (Alter zwischen 20 und 65 Jahren) sinkt voraussichtlich von derzeit 60,4 % bis 2030 auf 55% und auf 50,8 % bis 2060. Dabei stiege auch der Altersdurchschnitt der Arbeitskräfte deutlich an.
- Die Bevölkerungszahl geht zurück: Laut der mittleren Vorausberechnungsvariante würde die Zahl der Menschen im Land von heute ca. 4 Millionen auf 3,77 Millionen im Jahr 2030, bis 2060 auf 3,19 Millionen sinken. Dies entspräche einem Rückgang von 5,8 % bis 2030 und von 20,4 % bis 2060. Damit würde die Bevölkerungszahl im Jahr 2030 voraussichtlich der Bevölkerungszahl von 1990 entsprechen; 2060 würden in Rheinland-Pfalz den Berechnungen zufolge so viele Menschen wie im Jahr 1952 leben.

Quelle: Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz

Internet: www.msagd.rlp.de

VBE-Kreisverband Ahrweiler

Rhein–Ahr–Eifel

In seiner Delegiertenversammlung im Oktober 1970 beschloss der damalige VKLD (Verein der katholischen Lehrerschaft Deutschlands) seine Namensänderung und Umstrukturierung des bis dahin konfessionellen Lehrerverbandes. Er nannte sich nun „Verband für Bildung und Erziehung – VBE“. Dem neuen Vorstand gehören nun Kolleginnen und Kollegen beider christlichen Konfessionen an.

Im neuen Kreisverband Ahrweiler des VBE blieben im Zuge dieser Reform jedoch die drei Ortsvereine Rhein, Ahr und Eifel mit ihren jeweils eigenen Vorständen bestehen. Erst im Jahr 2000 wurden die Ortsvereine aufgelöst, aber bis heute gibt es im früheren Ortsverein Rhein noch einen Stammtisch der Pensionäre.

Der erste Vorsitzende des Kreisverbands Ahrweiler wurde Karl Heinz Foltin, der auch schon die Geschicke des Ortsvereins Rhein geleitet hatte und im Kreisvorstand noch lange Jahre nach seiner Pensionierung mitarbeitete. Nachfolger im Amt waren Anneliese Kischewski, Heribert Stein, Brigitte Blüm und Hubertus Kunz.

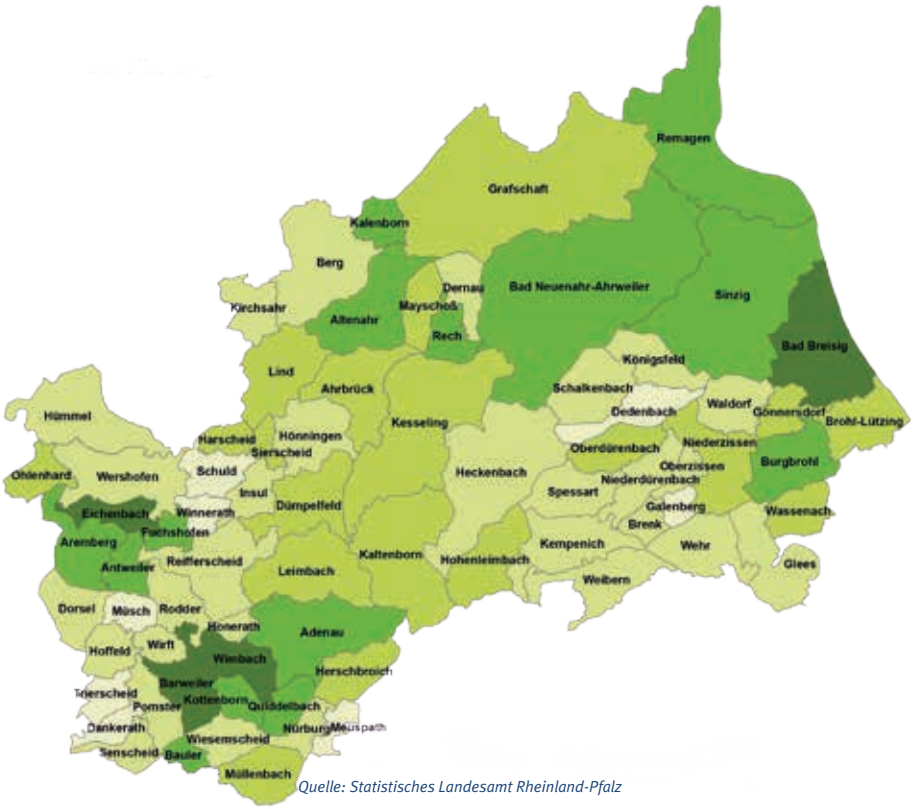
Der Kreis Ahrweiler ist ein Landkreis im Norden von Rheinland-Pfalz. Im Osten bildet der Rhein die Kreisgrenze. Die Ahr durchfließt den Kreis von Südwesten nach Nordosten. Die Berge der Eifel im Süden des Kreises bilden mit der Hohen Acht (747 m) den höchsten Punkt des Kreises. Die bekannte Rennstrecke Nürburgring und das nördlichste Weinanbaugebiet Deutschlands, das besonders durch seinen Rotweinanbau bekannt ist, liegen im Kreis.

Der Kreisverband Ahrweiler vertritt Kolleginnen und Kollegen aus 29 Grundschulen, aus 6 Realschulen plus, davon eine mit angeschlossener Fachoberschule und aus 4 Förderschulen. Das private staatlich anerkannte Gymnasium der Ursulinen auf dem Calvarienberg ist eines von insgesamt 6 Gymnasien im Kreis. Hinzu kommt eine Integrierte Gesamtschule, die mit Beginn dieses Schuljahres eingerichtet wurde. Die meisten Schulen befinden sich in der Kreisstadt Bad Neuenahr-Ahrweiler, so auch die Berufsbildende Schule, deren Schulangebot von der Berufsschule im Rahmen des dualen Ausbildungssystems bis zum Beruflichen Gymnasium reicht.

Der Kreisverband Ahrweiler hat zurzeit ca. 200 Mitglieder. Seit dem Jahr 2000 ist Hubertus Kunz der VBE-Kreisvorsitzende, der als Mitglied im Hauptpersonalrat und stellvertretender Landesvorsitzender die Sorgen und Interessen der Mitglieder besonders gut kennt. Die stellvertretende Vorsitzende ist Antoinette Weiner, Schulleiterin der GS Adenau. Käthe Jäger führt seit 20 Jahren äußerst zuverlässig die Kasse und mit Rosi Ginzler hat der Kreisverband eine langjährige versierte Schriftführerin. Die Pensionärinnen und Pensionäre werden von Heribert Stein, Rektor a. D., vertreten. Er organisiert die jährlichen Pensionärstreffen auf Kreisebene und die Teilnahme an Regional- und Landesveranstaltungen. Darüber hinaus ist er gern gesehener Gast zur Gratulation bei besonderen Geburtstagen. Weiterhin gehören Uli Jonas, Brigitte Blüm, Martin Monjour, Frauke Kopp, Ruth Hilger und Birgit Jünger zum Team des Vorstands.

Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit im Kreisverband wird das Angebot an schulortnahen Fortbildungen sein. In Ganztagsveranstaltungen sollen die Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit erhalten, sich mit aktuellen Themen zur schulpraktischen Arbeit und deren zeitnahen Umsetzung in die Unterrichtspraxis zu beschäftigen. Einer der nächsten Schwerpunkte wird dabei die Thematik des Lernens und der Leistungsbeurteilung in heterogenen Lerngruppen sein.

■ *Brigitte Blüm*



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Mit dem VBE ...

KV Westerwald in der Bundeskunsthalle

... auf dem Dach der Kunst ...

Wie schon in den letzten Jahren gegen Ende der Sommerferien hatte der Kreisvorstand die Kolleginnen und Kollegen zu einer Halbtagesfahrt eingeladen. In diesem Jahr fuhren wir nach Bonn, um dort in der Bundeskunsthalle die Ausstellung „Kleopatra – die ewige Diva“ zu sehen. Die 41 Teilnehmer erlebten in zwei Führungsgruppen eine hochinteressante Ausstellung, die die vielen Gesichter der Kleopatra von der Antike bis in die Popkultur zeigte. Jede Kunstepoche stellte die letzte Herrscherin Ägyptens in der ihr jeweils eigenen Sicht-und Darstellungsweise dar. Die Führer machten uns auf Besonderheiten der Darstellung Kleopatras bei verschiedenen Werken der Gemälde, Skulpturen, Fotografien, Film- und Videokunst der heutigen Zeit aufmerksam. So erlebten wir die Wahrnehmung und künstlerische Darstellung dieser historischen Persönlichkeit im Laufe von 2000 Jahren.

Auf dem Dach der Bundeskunsthalle lud ein orientalischer Garten, angelegt nach gartenarchitektonischen Richtlinien der damaligen Zeit, zu einem Rundgang ein. In Unkel am Rhein, einem kleinen Städtchen mit historischem Stadtkern, ließen wir im gemütlichen Weinhaus „Im Lämmlein“ den Nachmittag ausklingen.

Barbara Kuch

... in der Bonner Museumsmeile

Langjähriges VBE-Mitglied Josef Blaes feierte 98. Geburtstag

Unser Foto zeigt
Josef Blaes mit seiner Frau (Foto F.-K. Rauls)

Am 2. September 2013 feierte das langjährige VBE-Mitglied Josef Blaes, Rektor a. D., seinen 98. Geburtstag.

Aus diesem besonderen Anlass besuchte eine kleine Abordnung des Kreisverbandes Trier-Saarburg den Jubilar, um ihm herzlich zu gratulieren, ihm alles Liebe und Gute, vor allem weiterhin gute Gesundheit zu wünschen.

Josef Blaes verfügt immer noch über eine erstaunliche physische und psychische Verfassung. Bei einem guten Glas Moselsekt und belegten Brötchen erzählte Josef Blaes den Gästen viele interessante Einzelheiten aus seinem bewegten schulischen wie privaten Leben.

Nikolaustreffen des VBE-Kreisverbandes Speyer

Freitag 13.12.2013 18 Uhr

Ort: **in der Gaststätte „POSEIDON“ in Speyer, Bahnhofstraße 66**

Anmeldung: **bis zum 9.12.13 bei Werner Morsch, Tel: 0 62 32 - 9 22 42 oder Marlies Kulpe, Tel: 07275-1770 bzw marlies.kulpe@web.de**

Zu einem gemütlichen Beisammensein im Advent laden wir herzlich alle Kolleginnen und Kollegen in unser Stammlokal „POSEIDON“ in die Bahnhofstraße 66 in Speyer ein. Zum Zwecke der Platzreservierung bitte ich um vorherige Anmeldung. Der Vorstand würde sich freuen, viele Mitglieder unseres VBE-Kreisverbandes begrüßen zu können.

■ *Werner Morsch, Kreisvorsitzender*

Herzliche Einladung zur Mitgliederversammlung des VBE-Kreisverbandes Germersheim

Donnerstag 28.11.2013 17.30 Uhr

Ort: **Gaststätte „Quetschkommod“ in 76879 Ottersheim, Germersheimer Str. 4**

Anmeldung: **bis zum 22.11.13 bei Marlies Kulpe, Tel: 07275-1770, marlies.kulpe@web.de**

Verbunden mit einem Jahresrückblick und den Ehrungen unserer langjährigen Verbandsmitglieder findet turnusgemäß die Neuwahl der Vorstandsmitglieder unseres Kreisverbandes statt. Zu einem sich anschließenden gemütlichen Beisammensein mit gemeinsamem Abendessen lädt Sie der Kreisverband herzlich ein. Der Vorstand freut sich darauf, möglichst viele Mitglieder des Kreisverbandes begrüßen zu können.

Die VBE-Kreisverbände Speyer und Germersheim laden alle Interessierte herzlich zur Teilnahme zu folgenden Veranstaltungen ein:

Die Wittelsbacher am Rhein, Teil 1

Freitag 8.11.2013 16.00 Uhr

Ort: **Mannheim, Reiss-Engelhorn-Museum, Zeughaus in C 5**

Anmeldung: **bis zum 4.11.2013 bei Werner Morsch, Tel: 06232-92242 oder Marlies Kulpe, Tel: 07275-1770 bzw marlies.kulpe@web.de**

Geplant ist eine ca. einstündige Führung durch die Ausstellung im Reiss-Engelhorn-Museum Mannheim/Zeughaus in C 5. Die Führungskosten übernimmt der VBE. Der Gruppeneintritt beträgt 12.- € pro Person.
Als Herzog Ludwig der I von Wittelsbach 1214 die Pfalzgrafenwürde von Friedrich dem II verliehen bekam, ahnte noch niemand, wie sehr die Dynastie den Südwesten Deutschlands prägen (und die Landkarte Mitteleuropas verändern) sollte. Lassen Sie sich überraschen! Um eine gemeinsame Anfahrt mit S-Bahn und Straßenbahn planen zu können, melden Sie sich bitte rechtzeitig bei den oben genannten Kontaktadressen an. Wichtiger Hinweis: Die erworbene Karte gilt auch für den Teil 2 der Ausstellung, die wir am 21. Februar besuchen werden.

Fahrt nach Regensburg mit ÜF, Stadtführung und Besuch des Weihnachtsmarktes

Samstag 30.11.2013 bis Sonntag 1.12.2013

Ort: **Regensburg**

Anmeldung: **bis zum 4.11.2013 bei Werner Morsch, Tel: 06232-92242 oder Marlies Kulpe, Tel: 07275-1770 bzw marlies.kulpe@web.de**

Als besonderes Angebot planen wir eine Fahrt nach Regensburg mit Übernachtung und Frühstück, einer Stadtführung und einem Besuch des bekannten Weihnachtsmarktes zu einem Sonderpreis von nur 68.- € pro Person für VBE-Mitglieder und deren Partner. Neben den geplanten Leistungen bleibt auch noch Zeit für individuelle Unternehmungen. Wir bitten um frühzeitige Anmeldung, um die Plätze für Sie reservieren zu können.

Mittwoch
15.01.2014
15.30 bis ca.
17.00 Uhr

Inklusion an rheinland-pfälzischen Schulen

Ort: **Clemens Beck GS Dudenhofen, Iggelheimer Straße 33, 67373 Dudenhofen**

Referent: **VBE-Landesvorsitzender G. Bold und stellv. VBE-Landesvorsitzender A. Stepp**

Anmeldung: **bis zum 10.01.2014 bei Werner Morsch, Tel: 06232-92242 oder Marlies Kulpe, Tel: 07275-1770 bzw marlies.kulpe@web.de**

Die Landesregierung steht zu den Zielsetzungen der 2009 in Deutschland ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention: Menschen mit Behinderungen sollen optimale Teilhabechancen eröffnet werden. Dies gilt in besonderem Maße im Bildungsbereich. Der Ministerrat hat vor diesem Hintergrund in seiner Sitzung am 15. Januar 2013 ein Landeskonzept für die Weiterentwicklung der Inklusion im schulischen Bereich beraten und beschlossen, das bis zum Ende der Legislaturperiode umgesetzt werden soll. Inklusion ist Menschenrecht und damit allgemeines Bildungsziel einer demokratischen Gesellschaft. Inklusion braucht aber auch Zeit und muss über Jahre wachsen. Erst wenn die Voraussetzungen stimmen, kann mit inklusiver Bildung begonnen und diese erfolgreich weiterentwickelt werden.

VBE-Landesvorsitzender Gerhard Bold und sein Stellvertreter Alexander Stepp referieren über die notwendigen Gelingensbedingungen erfolgreicher Inklusionsarbeit an unseren Schulen und den damit verbundenen bildungspolitischen Forderungen.

Freitag
21.02.2014
16.00 Uhr

Die Wittelsbacher am Rhein, Teil 2

Ort: **Barockschloss Mannheim**

Anmeldung: **bis zum 13.02.2014 bei Werner Morsch, Tel: 06232-92242 oder Marlies Kulpe, Tel: 07275-1770 bzw marlies.kulpe@web.de**

Die bereits am 8.11.2013 erworbene Karte gilt auch für diese Ausstellung. Nach der Führung, deren Kosten vom VBE übernommen werden, besteht Gelegenheit, die imposanten Schlossräume und das großartige Treppenhaus zu besichtigen. Auch dieses Mal planen wir eine gemeinsame Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln und bitten um rechtzeitige Anmeldung.

Auflösung der Rechtsfrage des Monats (Seite 17)

Richtig ist – natürlich – Antwort c)!
Die Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern im Rahmen der Vertretungsreserve an Grundschulen erfolgt zunächst im Beschäftigungsverhältnis mit einem TV-L-Vertrag an einer Stammschule und wechselnden Einsatzschulen. Ausgehend von einem Regelstundenmaß von 25 Stunden (je 50 Minuten) werden die Stellen in einem Umfang von 19 Stunden vergeben. Die Vergütung erfolgt anteilig nach Entgeltgruppe 11 TV-L. Im Arbeitsvertrag wird zugesagt, nach Ablauf von einem Jahr einer festen Schule zugewiesen zu werden und gleichzeitig bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen in das Beamtenverhältnis auf Probe mit Anspruch auf eine volle Stelle übernommen zu werden.

Wichtiger Hinweis

Im VBE-Terminer 2013/2014 hat der Fehlerteufel zugeschlagen. Das Datum der Ausgabe der Halbjahreszeugnisse ist falsch angegeben. Richtig ist: Freitag, 31. Januar 2014.
Außerdem ist der 30. Juni 2014 grün unterlegt – als wäre dieser Tag ein Feiertag. Das ist natürlich falsch. An diesem Tag findet selbstverständlich Unterricht statt.
Weil der VBE-Terminer 2013/2014 auch Bestandteil des VBE-Schuljahresplaners 2013/1014 ist, befinden sich darin dieselben Fehler.
Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Entschuldigung und um Beachtung der richtigen Angaben. Im VBE-Wegweiser 2013/2014 ist alles korrekt.

■ *RED*

IN MEMORIAM

Hermann Reder,
Rektor a. D.
Gudastr. 9
67549 Worms
geb. 05.08.1926
† im September

Hildegard Schneider,
Oberlehrerin a. D.
Am Eiskeller 4
67227 Frankfurt
geb. 20.02.1928
† 14.10.2013

Wir werden unseren verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Andenken bewahren.

Virenscanner

Sie sollten einen Virusscanner auf Ihrem PC installieren und diesen immer aktuell halten. Gut und kostenlos sind z. B. „Avira AntiVir“ und „avast!“ Wenn Sie eine Datei aus dem Internet heruntergeladen haben (z. B. ein Bild), können Sie sie auch vor dem Öffnen durch „Virustotal“ scannen lassen. Mehr als 40 verschiedene Virenscanner untersuchen die Datei, das Ergebnis jedes einzelnen Scanners wird angezeigt. Neben einzelnen Dateien kann Virustotal auch Internetadressen (url) auf Gefährdungen prüfen.
www.virustotal.com

Bitcoins

Sie vertrauen dem Euro nicht mehr? Mit „Bitcoins“ gibt es seit 2009 eine Währung, die unabhängig von Staaten und Finanzmarktpolitikern ist. Da die Coin-Menge begrenzt ist, ist Inflation bisher kein Thema. Durch die starke Nachfrage ist der Kurs sogar erheblich gestiegen. Während 2011 ein Bitcoin für ca. 10 Dollar zu haben war, kostet er heute etwa 80–100 Dollar. Sogar das Bundesfinanzministerium hat Bitcoins rechtlich und steuerlich als Zahlungsmittel anerkannt. Das Wechseln von Euro in Bitcoins erfolgt online. Ausgeben kann man Bitcoins bereits bei vielen kleineren Händlern, z. B. bei
www.schuhwelt.com
www.elegantedufte.de
Weitere Informationen über Bitcoins erhalten Sie hier:
http://bitcoin.org/de/

Haustechnik

Rolladen im Urlaub öffnen und schließen? Den Garten anschauen und bei Bedarf wässern? Die Heizung eine Stunde vor Ankunft einschalten? Über das Internet alles kein Problem mehr! Auch ist keine aufwendige Verkabelung mehr nötig, um Fernsteuerungen einzurichten. Über WLAN lassen sich inzwischen alle Komponenten miteinander vernetzen. Die Preise für die nötige Ausstattung sinken dabei immer weiter. So bietet z.B. der Versandhändler Pearl „CASAcontrol“ in einer Grundausstattung für knapp 100 Euro an. Neben der Basisstation „Premium“ werden 2 Funksteckdosen, 2 Lampenfassungen und ein Energiemessgerät geliefert. Zusätzlich können z. B. Glasbruch-, Vibrations-, Gas- oder Bewegungsmelder drahtlos angeschlossen werden. Steuerbar sind alle Geräte auch über Android oder iOS.
www.pearl.de/casa

Sie haben einen schlechten Handy-Empfang im Keller? Ein Repeater könnte Abhilfe schaffen! In Deutschland dürfen solche Reichweitenvergrößerer allerdings bald nicht mehr verkauft werden, weil sie gegen das Frequenzrecht verstoßen. Da die Netzbetreiber die Frequenzen „besitzen“, müssen diese der Nutzung zustimmen. Noch werden sie allerdings verkauft, da gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln Berufung eingelegt werden kann.
http://winfuture.de/news,77049.html

Benzinpreise

Seit Mitte September können im Internet die Benzinpreise verglichen werden. Per Gesetz sind die Tankstellen verpflichtet, jede Preisänderung binnen 5 Minuten zu melden. Das Bundeskartellamt hofft, dass durch die Vergleichbarkeit die Preise sinken. Neue und bestehende Spritpreis-Portale greifen jetzt auf die Datenbank des Kartellamtes zu. Ob wirklich dadurch die Preise sinken, ist umstritten.
www.adac.de/tanken
www.mehr-tanken.de
www.spritpreismonitor.de
www.clever-tanken.de

Wahlen

Ist das Wahllokal noch zeitgemäß? Die Hälfte der Bundesbürger kann sich bereits eine Stimmabgabe im Internet vorstellen. 46 % haben Bedenken z. B. bezüglich der Sicherheit oder der Wahrung des Wahlgeheimnisses.
Eine große Mehrheit der Befragten ist davon überzeugt, dass die Wahlbeteiligung steigen würde. Weitere Vorteile wären eine Kostensenkung und eine schnellere Auszählung. Werden die Sicherheitsbedenken ausgeräumt, ersetzt die Wahl im Internet in einigen Jahren mindestens die Briefwahl.
www.divsi.de

90elf

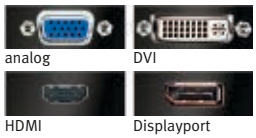
Für Fußballfans war der Radiosender 90elf eine feste Adresse. Im März konnte der Sender jedoch die Übertragungsrechte der Bundesliga nicht mehr erwerben. Ersatz gibt es nun mit dem Webradiosender „Sport1.fm“. Live und in voller Länge wird von allen Bundesligaspielen berichtet. Empfangen werden kann über den Rechner im Internet, über Webradios, über Smartphones und Tablets oder über den Digitalradiosender „Energy DAB+“. Vor Übertragung muss man einen Werbespot ertragen.
www.sport1.fm

Nokia

In Europa gibt es keinen Handy-Hersteller mehr! 2014 übernimmt Microsoft die Handysparte von Nokia. Damit werden auch alle Patente Nokias zu Microsoft übertragen. Früher waren Siemens, Sagem, Ericsson und Nokia weltweit Marktführer. Abgelöst wurden sie von Samsung, Apple, HTC und Huawei. Die Produktion findet durchgehend in Asien statt, entwickelt wird in Asien und den USA. Auch in anderen High-Tech-Bereichen verliert Europa immer mehr den Anschluss.

Monitorverbindung

Viele neue Monitore können Sie auf verschiedene Weisen am Rechner anschließen. Besitzen sie ein VGA-Kabel und schließen den Monitor damit an, ist das Bild nicht optimal! Der VGA-Anschluss überträgt nur analog, besser sind DVI, HDMI oder Displayport. Dabei wird die beste Bildqualität über die reinen digitalen Übermittler HDMI oder Displayport erreicht. Im Gegensatz zu DVI können beide Anschlüsse auch Tonsignale übermitteln, im Monitor eingebaute Lautsprecher werden also direkt versorgt. Displayport kann sogar noch ein weiteres Signal übermitteln, z. B. Touch-Befehle bei einem Touchscreen. Falls möglich, sollten Sie Ihren Monitor also mit einem HDMI- oder einem Displayportkabel verbinden. Ein sog. High-Tech-Kabel ab ca. 50 Euro ist dabei unnötig, bei einer Kabellänge von bis zu 2 m reicht ein günstiges Kabel.



App-Tipp: Spiegel

Nein, nicht das Magazin, der echte Spiegel! Die „Spiegel-App“ nutzt die Frontkamera Ihres Smartphones, ideal zum Kämmen oder Schminken, wenn gerade kein echter Spiegel zur Hand ist. Das Spiegelbild kann gezoomt und eingefroren werden. Ein heller Rahmen sorgt für zusätzliche Beleuchtung. Natürlich hängt die Qualität des Bildes von der Güte der Frontkamera ab.

Internet

Seit acht Jahren gibt es schon das Portal zur sicheren Nutzung des Handys. Mit Themen wie Cybermobbing, Kostenfalle oder Datenschutz wendet es sich primär an Jugendliche. In einer „Pädagogenecke“ gibt es darüber hinaus z. B. Unterrichtseinheiten zum mobilen Mediengebrauch.
www.handysektor.de

Sie spielen gerne? Hier finden Sie viele Spiele-Klassiker, die Sie kostenlos online spielen können, z. B. „Super Mario“, „Donkey Kong“ oder „Where in the World is Carmen Sandiego“.
www.gamesbasis.com

Sie suchen eine schöne Schriftart für Ihre Weihnachts- oder Osterkarte? Bei einer Auswahl unter fast 5.000 kostenlosen Fonts werden Sie bestimmt fündig!
www.myfont.de

Hier finden Sie viele kostenlose Kinofilme, die legal angeschaut werden können. Durch gute Kategorisierung finden Sie Ihre Lieblingsfilme schnell!
www.netzkino.de

Haben Sie Interesse an Geschichte? Dann sollten Sie sich einmal die Zeitleiste „chronozoom“ anschauen. Leider nur in englischer Sprache.
www.chronozoom.com

Sie lesen und schreiben gerne? Wenn Sie hier Rezensionen schreiben, erhalten Sie Buchempfehlungen auf Grundlage dieser Rezensionen.
www.meinebuchempfehlung.de

Tipps und Tricks

Anonym Surfen
In Firefox können Sie das Add-on „Anonymox“ nutzen, um Ihre Länderkennung zu wechseln. Damit verhindern Sie, dass über Ihre Zugangsdaten ein Profil erstellt wird. Zudem können Sie Seiten aufrufen, die in Deutschland gesperrt sind. Die Bedienung ist einfach, in der kostenlosen Version liegt das tägliche Download-Volumen bei 500 Mbyte.

Drucken vom Smartphone
Besitzen Sie einen Drucker mit WLAN oder LAN? Dann überprüfen Sie, ob es vom Hersteller eine Druck-App für Ihr Smartphone gibt. Fast alle großen Hersteller (z. B. HP, Epson, Samsung) bieten entsprechende Apps an. Ist die App installiert, können Sie nach Anmeldung des Druckers Ihre Texte und Bilder auf den Drucker bringen!

Maus am Tablet
Auch Ihr Android-Tablet kann mit einer Maus bedient werden! Einfach das Tablet mit einer Bluetooth-Maus koppeln, und schon kann fast die komplette Bedienung mit der Maus erfolgen. Eine Bluetooth-Maus bekommen Sie schon ab ca. 10 Euro, z. B. bei Amazon die „i-TEC Bluetooth Optical Maus“ für 13,90 €.
www.amazon.de

Word ab 2010
Um einen Snapshot einer anderen Bildschirmseite in Ihr Dokument einzufügen, benötigen Sie in Word ab Version 2010 kein zusätzliches Pro-gramm mehr. Wählen Sie einfach unter „Einfügen“ den Punkt „Screenshot“. Schon öffnet sich ein Fenster, in dem Sie die Bildschirmseite auswählen können. Über „Bildschirmausschnitt“ können Sie einen Teil der zuletzt geöffneten Seite auswählen.

Word ab 2007
Wenn Sie Text einfügen, müssen Sie immer die Formatierung ändern? Sie wollen, dass Bilder sofort im „Quadrat-Modus“ erscheinen? Dann ändern Sie die Einfüge-Optionen! Unter Datei/Optionen wählen Sie „Erweitert“. Dort können Sie das Standardverhalten beim Kopieren und Einfügen festlegen.

Vorschau

In der nächsten Ausgabe lesen Sie u. a.:

- externe Grafikkarte
- Weihnachts-Gimmicks
- Versandhändler

Rückmeldungen erwünscht! Schicken Sie Anregungen, Wünsche o. Anmerkungen an den Autor: N.Ristic@gmx.de

... unseren Geburtstagskindern im Dezember 2013

zur Vollendung des 74. Lebensjahres:

am 05.12. Wilfried Eul, Wilhelmstr. 9, 53562 St. Katharinen
am 09.12. Manfred Luxen, Kolmarer Str. 13, 76829 Landau
am 10.12. Werner Heidenreich, Maxstr. 17, 76879 Ottersheim
am 12.12. Winfried Iserloh, Untere Grabenstr. 14, 56727 Mayen
am 13.12. Hildegard Schiebel, Goldenbrunnengasse 7, 55116 Mainz
am 19.12. Klaus Forler, Ludwigstr. 22, 67483 Edesheim
am 21.12. Robert Wagner, Schulstr. 9, 53539 Kelberg
am 23.12. Helga Knechtges, Hainer Weg 21, 56651 Niederdürenbach
am 27.12. Gisela, Wittich, Waldstr. 57, 55257 Budenheim
am 28.12. Klaus-Albert Frank, Bahnhofstr. 5, 54439 Palzem

zur Vollendung des 75. Lebensjahres:

am 07.12. Wolfgang Wahrheit, Georg-Reiß-Str. 22, 76829 Landau
am 07.12. Ernst Haasenritter, Burgweg 21, 54439 Saarburg
am 09.12. Helmut Prinz, Römerstr. 8, 54294 Trier
am 15.12. Rudolf Haas, Laurentiusstr. 5, 53567 Asbach
am 25.12. Runhilt Schmaußer, Mittelstr. 10, 54317 Gutweiler
am 26.12. Gerhard Zerfaß, W.-O.-von-Horn-Str. 15, 55469 Simmern
am 31.12. Gerd Weiand, Aarstr. 74, 65623 Hahnstätten

zur Vollendung des 76. Lebensjahres:

am 05.12. Irmgard Mans, Ewerhartstr. 2 a, 54666 Irrel
am 07.12. Josef Schneider, An der Weidenmühle 7, 55585 Norheim
am 10.12. Klaus Weber, Von Wamboldstr. 15, 55288 Partenheim
am 14.12. Klaus Ehrmanntraut, Mühlbachstr. 44, 66497 Contwig
am 23.12. Erich Schraut, Franz-Hartard-Str. 30, 67376 Harthausen
am 24.12. Max Reifenhäuser, Ringstr. 34, 57580 Gebhardshain

zur Vollendung des 77. Lebensjahres:

am 02.12. Elisabeth Niermann, Friedrich-Ebert-Str. 26, 55130 Mainz
am 06.12. Karl Mockenhaupt, Bergstr. 12, 57520 Rosenheim
am 08.12. Ernst Wilhelm Bauer, Kyllburger Str. 14, 54655 Wilsecker
am 16.12. Marianne Dennenwaldt, Neuerburger Str., 54636 Oberweis

zur Vollendung des 78. Lebensjahres:

am 15.12. Josef Siebenborn, St.-Martin-Str. 13, 56073 Koblenz-Lay
am 20.12. Alfons Fassott, Schulstr. 10, 66894 Bechhofen
am 26.12. Rosel Schneider, Flurstr. 21, 67716 Heltersberg
am 29.12. Dorothe Amberger, Am Vogelgesang 14, 67657 Kaiserslautern

zur Vollendung des 80. Lebensjahres:

am 09.12. Doris Schäfer, Brunnenstr. 5, 53489 Sinzig-Westum

zur Vollendung des 81. Lebensjahres:

am 15.12. Berthold Feldmann, Brucknerstr. 4, 76879 Ottersheim
am 15.12. Theo Magin, Eichendorffallee 8, 67105 Schifferstadt

zur Vollendung des 82. Lebensjahres:

am 10.12. Walter Süß, Welschstr. 18, 67069 Ludwigshafen-Oppau
am 23.12. Willi Lenzen, Grottenweg 1, 54531 Manderscheid

zur Vollendung des 83. Lebensjahres:

am 01.12. Franz Karczewski, Bachstr. 57, 56727 Mayen
am 08.12. Alois Horz, Schillerstr. 5, 65599 Dornburg
am 10.12. Ilse Brosowski, Lasinskystr. 86, 54296 Trier

zur Vollendung des 84. Lebensjahres:

am 06.12. Erich Hammer, Mettlacher Hofstr. 29, 56843 Burg/Mosel
am 31.12. Edwin Nullet, Mörlheimer Weg 9, 76877 Offenbach

zur Vollendung des 85. Lebensjahres:

am 10.12. Elfriede Junk, Kapellenstr. 30, 56812 Cochem
am 27.12. Liesel Oberle, Erlenweg 42, 56564 Neuwied

zur Vollendung des 86. Lebensjahres:

am 04.12. Elisabeth Janson, Amselweg 7, 67127 Rödersheim-Gronau
am 18.12. Willi Braun, Hofstr. 15, 54413 Beuren/Hochwald

zur Vollendung des 87. Lebensjahres:

am 01.12. Maria Elisabeth Behr, Schützenstr. 56, 56068 Koblenz
am 12.12. Gertrud von der Driesch, Hauptstr. 27, 54314 Vierherrenborn

zur Vollendung des 88. Lebensjahres:

am 28.12. Wilhelm Kraft, Max-Cahnbley-Str. 26, 33604 Bielefeld

zur Vollendung des 90. Lebensjahres:

am 15.12. H.-Hartmut Jungk, Rathausstr. 18, 55546, Fürfeld

zur Vollendung des 91. Lebensjahres:

am 20.12. Anton Lauer, Kellereiwaldstr. 72, 67661 Kaiserslautern

zur Vollendung des 93. Lebensjahres:

am 26.12. Ilse Rüther, Berliner Str. 1 7,6726Germersheim

zur Vollendung des 95. Lebensjahres:

am 20.12. Hans-Egon Barthen, Trippstadter Str. 31, 66978 Leimen

Zum Tee bei ...

Herbert Reichertz

Wer Autonomie in Person erleben will, muss Herbert Reichertz treffen. Er verkörpert diese menschliche Eigenschaft – oder schreiben wir lieber: dieses zentrale Ziel der Aufklärung – wie sonst nur wenige – im VBE und auch darüber hinaus. Das mag der tiefere Grund sein, warum sich Herbert Reichertz nach seiner Pensionierung so intensiv mit Kant's Philosophie und dessen moralischen Maximen – der Mensch als autonomes und vernunftbegabtes Wesen – auseinandergesetzt hat.

Herausgekommen ist dabei ein Buch mit dem fragenden Titel „Der Mensch – das unfertige Meisterstück?" Wer jemals versucht hat, Kant im Original zu lesen, ist dankbar für diese Monografie. Sie zeigt eine zweite Seite des autonomen Denkens von Herbert Reichertz: Er kann Schwieriges verstehbar, ja verständlich machen, ohne die Substanz zu gefährden.

Das ist ihm übrigens auch bei seinen vielen bildungspolitischen Initiativen für den VBE – dem er seit 1965 angehört – gelungen. So sehr, dass einige davon in praktische Politik umgesetzt werden konnten. Die Regionale Schule zum Beispiel, als deren Initiator er in Rheinland-Pfalz gelten kann, die zurzeit als Realschule plus weiterlebt und die Bildungsreformen jenseits ideologischer Grabenkämpfe erst möglich gemacht hat. Ein Geschenk für die seinerzeit neue Landesregierung.

Herbert Reichertz hat seine Lehrerlaufbahn direkt als Schulleiter begonnen. Seine erste Schule war klein, er war der Lehrer und sein eigener Chef. Vielleicht war das genau der richtige Einstieg für jemanden, der andere Kolleginnen und Kollegen vom pädagogischen Fortschritt überzeugen konnte.

Als VBE-Bezirksvorsitzender in Trier forcierte er die VBE-Initiativen zum Erhalt und Ausbau eines attraktiven Bildungsangebotes in der Region. Er baute hierzu Kontakte mit allen schulpolitisch relevanten Stellen auf. 2003 wurde er Ehrenmitglied des VBE Rheinland-Pfalz.

Und da gab es seine Zeit als stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender zwischen 1989 und 1993, als Deutschland wieder zusammenwuchs und in der es darum ging, die Kolleginnen und Kollegen in den seinerzeit „neuen" Ländern bei dieser schwierigen Umstellung ihrer Berufsverhältnisse zu unterstützen. Er hatte mit Mecklenburg-Vorpommern ein Land mit besonders sperrigen Rahmenbedingungen gewählt – und nebenbei als Führerscheinneuling viel Autobahnerfahrung erworben.

Herbert Reichertz ist in diesem Jahr 75 Jahre alt geworden. Ihn – wie dies die rheinland-pfälzische Landesregierung getan hat – als schulpolitischen Visionär zu bezeichnen, greift sicher zu kurz. Natürlich bedarf es einer Vision, wenn etwas zum Besseren verändert werden soll. Aber diese Vision muss Realität werden. Und genau das ist ihm gelungen – Schulreform in Theorie und Praxis. Herbert Reichertz ist ein Lehrer, der über sein pädagogisches Handeln und dessen schulpolitische Folgen reflektiert, daraus seine Schlüsse zieht und diese Schlüsse umsetzt. Das ist so etwas wie praktische Vernunft in der Bildungspolitik. Womit wir wieder bei Kant wären.

■ *br*

Das große „Wer das löst, bekommt den Nobelpreis*"-Rätsel

Die Buchstaben in den gelb markierten Feldern (absteigend von links nach rechts gelesen) ergeben ein Zitat von Max Planck.

Viel Glück wünscht Ihre Redaktion!

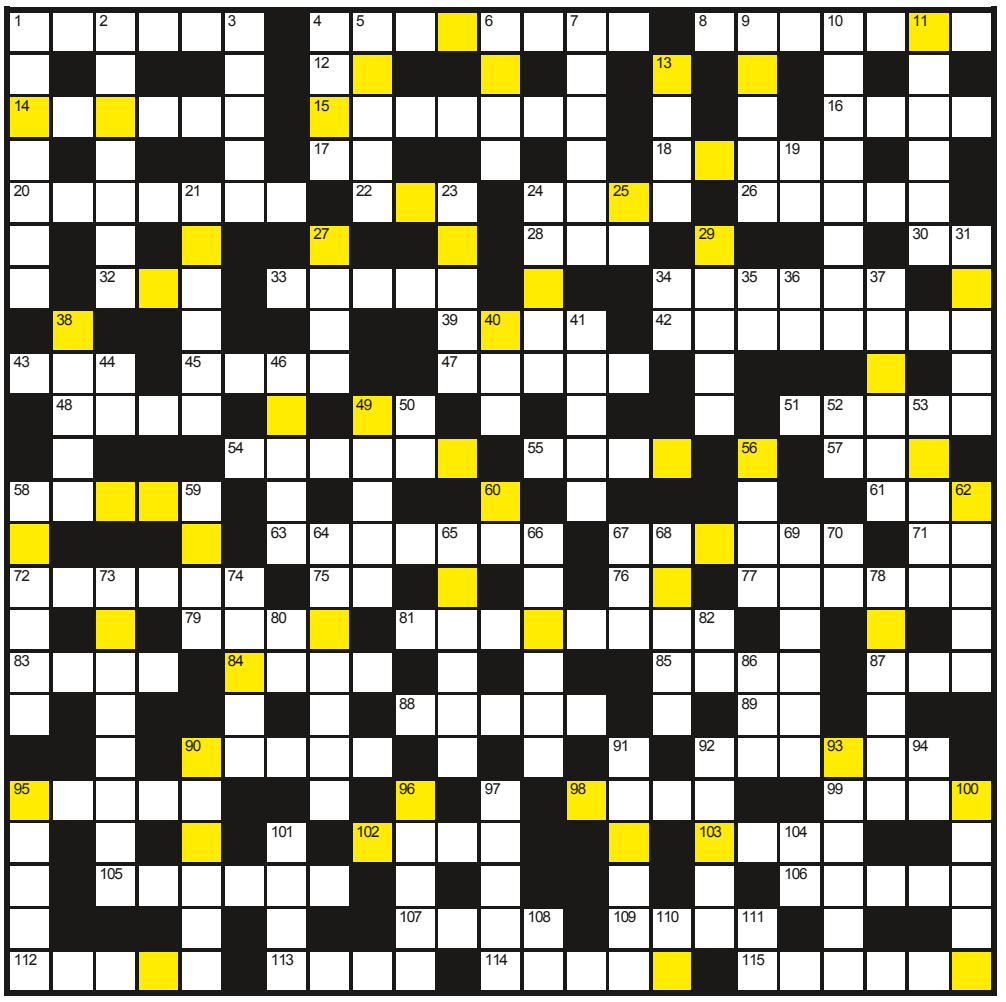
**natürlich nicht*

Waagerecht:

1 Muss man dem Vampir ins Herz stoßen
4 Schreibste rein, was so alles passiert am Tag
8 Aufbewahrungsgegenstand für 86 senkr.
12 Kleiner Bruder der GmbH
14 Nervenzelle
15 Besondere Kennzeichen- ? sagte die Brille
16 $10^8 – 10^7$
17 Bundesland (Abk.)
18 Davon hat 33 waager. meistens vier
20 Sieht aus wie 'ne Gitarre, ist aber keine
22 Aggregatzustand von Wasser
24 Mini-Pferd
26 Der Halleysche war wohl der bekannteste
28 Kfz-Kennz. im Kyffhäuserkreis
30 Zentrale Prüfungen am Ende der Klasse 10
32 Das passt gut!
33 ? - lein deck dich!
34 Außer ? nix gewesen
39 Nicht trocken
42 Hängen Trauben dran
43 Meiner hat 3 Ecken
45 Ohne das und doppelten Boden
47 Not, Armut, Hilflosigkeit
48 Da übernachten wir doch einfach mal im ?-Carlton
49 Read Only
51 Besteck
54 Eigentl. Beruf von Fidel Castro
55 Hat 64 senkr. nicht
57 Gar nicht roh
58 Trägt der wirklich deinen Namen?
61 Ich : mir = wir : ?
63 Die kam bei der Titanic für viele zu spät
67 Meistens im 3/4 Takt
71 Diese Adresse bekommt jeder, der im Netz ist
72 Hier zahlt man mit Forint
75 Lehreinheit

76 Uni-Bibliothek
77 Dieser Vogel müsste eigentlich im Knast sitzen
79 Siamesischer Zwillingsbruder von Rock'n
81 Blutrache oder „Ich werde ihm ein Angebot machen, das er nicht ablehnen kann ...“
83 Das waren noch Zeiten: Der ? der großen weiten Welt
84 Missgunst
85 Knusplig odel süßsauel?
87 Hieß eigentlich Gerhard Höllerich (Künstler-Vorname)
88 Moneten, Zaster, Moos, Kies
89 Wer gehört zu mir?
90 Hegel oder der ? des Weines
92 Bitte mixen: ekelnr
95 Stockwerk
98 Wassergeist
99 Hier wird alles gut
102 Mutter aller Pläne
103 Gewürzpflanze
105 Lecker – da freut sich doch der Zahnarzt
106 Geh ich weg vom ?, ist der Überzieher weg
107 Es geht auch ohne
109 ? wem ? gebührt
112 Eines der großen Probleme auf diesem Planeten
113 Kommt aus 73 senkr.
114 Kaufte einst die angeblichen Hitler-Tagebücher
115 Luftballon im Auto

Senkrecht:
1 Diesen kleinen Watschelheini gibt's nur am Südpol
2 Ruf, Ansehen
3 Künstl. Wasserstraße
4 Der zu Babel war ja wohl auch 'n Flop
5 Pflanze
6 Alterte anstelle von Dorian Gray
7 Cask for storage and transport of radioactive material
9 Unterrichtsfach, wie Religion, aber ohne Weihnachten
10 Nannte man früher Julmond
11 Liebling, Hasi, Mäuschen
13 Schreit, trinkt, schläft – sonst nix
19 Antwort der Queen auf die Frage, ob sie mal Bungee Jumping vom Big Ben machen wolle
21 Konzentrat, Grundsubstanz
23 Bei Mathilde, Ottilie, Marie und Liliane, Aber bitte mit ?.
24 Bester Teil eines langen Schultages
25 Neues Testament
27 Jux, Scherz, Ulk
29 Damit fängt man Mäuse
31 Schießt Amor direkt ins Herz
34 Schweinfurt (Kfz-Kennz.)
35 Wollen Sie es 8 Minuten oder lieber 6 Minuten?
36 Zinn (Chem. Zeichen)
37 Irgendwann wird der auch mal zum Altbau
38 Hat der Sultan immer
40 Kommt vom Planeten Melmac



41 Kleiner Imbiss
44 Titan
46 Der alte Caruso war einer
49 Merkels Markenzeichen
50 Oberleutnant
52 Chem. Zeichen für 91 senkr.
53 Freund von Bert
56 Alte Gewichtseinheit
58 Wird h abgekürzt
59 Tor, Depp, Harlekin
60 Made ? Germany
62 Arbeitswerkzeug für Graffiti-Künstler
64 Bahn um die Sonne
65 Uznam nennt es der Pole
66 Tugend der Glücklichen
67 Da ist man mehr als stinksauer
68 Home, Sweet Home für 74 senkr.
69 Nach einem guten Kaffee verzeiht man sogar seinen ? (O.Wilde)
70 Reich & Schön
73 Schlangen haben manchmal welche
74 Weibl. Mitglied eines Ordens
78 Unterrichtsfach, heißt heute Sport
80 Lehreinheit
82 Hätte Kaspar Hauser ein Auto gehabt, hätte es dieses Kfz-Kennzeichen
86 Kommt in 8 waager.
90 Damit fängt's an, für JEDEN
91 Reden ist ?
92 Gegerbte Tierhaut
93 Wer da ist, ist ganz unten
94 Währung der DomRep (Abk.)
95 Echt gefährliches Virus
96 Vollpfosten, Flachzange
97 Nietenhose
100 55 waager. als Adjektiv
101 Ist meistens aus Holz, bei IKEA gibt's den aber noch nicht
104 Leipzig Fernsehen
108 War 3 Millionen Lichtjahre von zu Hause weg
110 Top-Level Domain einer mittelamerikanischen Bananenrepublik
111 Geburtsort von JSB (Kfz-Kennz.)

■ *kfs*

VORSICHT GLOSSE

Herr Professorin befreit die Männer

Um nicht missverstanden zu werden, ich kenne sehr wohl den Unterschied zwischen Gender, Sexus und Genus. Gender, der Teil der Geschlechtlichkeit, der erworben, zugeschrieben oder selbst definiert wird und damit auch veränderbar ist. Unsere Stereotypen im Bereich Gender verführen uns dazu, gleiches Verhalten von Männern und Frauen unterschiedlich zu werten. So wird ein Mann in der Lehrerkonferenz laut, die Frau hysterisch, der Mann hält seine Gefühle zurück, die Frau ist eiskalt, der Mann setzt seine Ziele um, die Frau ist rücksichtslos. Sexus definiert das biologische Geschlecht, also männlich oder weiblich; Genus, das Geschlecht der Nomen wie z. B. der Rock, die Hose, das Kleid.

Sprache als Abbild einer patriarchalischen Gesellschaft verwendete nicht gendergerecht immer die männlichen Bezeichnungen wie der Lehrer und der Schüler und machte damit das weibliche Geschlecht unsichtbar. Die feministische Linguistik wollte die Gleichberechtigung der Geschlechter u. a. mit folgenden Konstruktionen durchsetzen:

Lehrer/-innen oder Lehrer(innen) oder mit dem berühmten Binnen-I wie bei LehrerInnen.

Sehr bald erkannte man, dass hier Frauen wieder diskriminiert werden, weil sie eingeklammert oder zum Anhängsel degradiert werden. Die feministische Psychologie lehnt das Binnen-I auch als verkapptes Phallussymbol ab.

So hat sich folgender Konsens für eine gendergerechte und grammatikalisch stimmige Formulierung gebildet:

- Verwendung der weiblichen und männlichen Sprachform: Die Lehrerinnen und Lehrer beteiligen alle Schülerinnen und Schüler.
- Verwendung geschlechtsneutraler Bezeichnungen: Die Lehrkräfte beteiligen die Schülerschaft.

Doch dann kam die Uni Leipzig. Im Juni 2013 verabschiedete der Senat eine neue Grundordnung, die aus Gründen der Gleichberechtigung nur noch die weiblichen Berufsbezeichnungen zulässt, also Herr Professorin, Herr Dozentin usw.

Peinlich, wenn eine Universität Genus und Sexus terminologisch nicht unterscheiden kann, weil in der Umgangssprache beides als Geschlecht bezeichnet wird. Erstes Opfer dieser Sprachregelung waren also nicht die Männer, sondern die Grammatik. Die Männer sind hier eigentlich die Sieger. Denn sie werden zukünftig von Diskriminierungen befreit.

Im Sinne der Uni Leipzig wird man dann zukünftig lesen können:

- Die Polizei geht auf Verbrecherinnenjagd.
- Vor Taschendiebinnen wird gewarnt.
- Komasäuferinnen, Rassistinnen und Faschistinnen sind ein Problem in den Fußballstadien.
- Die Zahl der Bettnässerinnen und Autistinnen in den Kindergärten nimmt zu.
- Gegenüber Vergewaltigerinnen in der Ehe und Sadistinnen darf es kein Pardon geben.
- Stalinistinnen in der Linkspartei kämpfen gegen Kapitalistinnen und betrügerische Bankerinnen.

Wenn es so weitergeht, steht zukünftig im Jahresbericht einer Schule:

- Herr Rektorin Müllerin begrüßte Bürgerinnenmeisterin Hans Hoffrau (früher Hofmann) von den Freien Wählerinnen im Lehrerinnenzimmer.

Frauen und Männer, rettet das generische Maskulinum und Femininum!

■ *Manfred Schreiner*